attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (03.07.2014)

Sand im Getriebe 110

PDF-Version: http://www.attac.de/bildungsangebot/sig Online Fassung: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Neue Kriege

Neues Leid

Schon vergessen?

Mohssen Massarrat: Dollarimperialismus	**3**
Stefan Rinke: **Hundert Jahre Erster Weltkrieg** - Der globale Süden zwischen den Fronten	10
IPPNW: **Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen**	11
4. Oktober: weltweiter Anti-Drohnen-Tag / Kampagne gegen Atomwaffen	12
Ukraine	
Daniela Dahn, U. Hiksch, Ute Hinkeldein, D. Hooge, K. Pickshaus, Wiltrud Rösch-Metzler, H. Schmitthenner, Laura von Wimmersperg u. v. m.: **Aus Sorge um den Frieden**	13
K. Wecker, M. Massarrat, L. v. Wimmersperg, T. Pflüger u.v.m: **Gegen Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung**	14
Willy Wimmer: Ist es wieder soweit, in Europa wie 1914 gegenüber Serbien mit Ultimaten zu kommen?	14
Andrej Hunko: **EU-Solidaritätsklausel** führt zu einer Militarisierung der Innenpolitik	15
Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation! Für eine faire Ukraine-Berichterstattung der Medien! Reden von St. Lindner, W. van Ooyen, M. Jochheim, T. Pflüger,	16
Palästina	
Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost: Zur Berichterstattung über die Geiselnahme der israelischen Jugendlichen	19
Pal. Gemeinde u. DPG: **Propaganda, Kollektivstrafen** und Heuchelei bestimmen den Alltag in Palästina	20
Jüdische Stimme: **Appell** an die deutsche Regierung zur Anerkennung der palästinensischen Einheitsregierung	20
TTIP / CETA / TISA	
Pia Eberhardt: EU-Investitionspolitik am Scheideweg: Riss oder Kitt im globalen Parallelrecht für Konzerne?	21
Belgische Gewerkschaft CNE: TTIP: Alle Gesetze sollen im Interesse der privaten Unternehmen überprüft und umgeschrieben werden	25
China	
Kerstin Sack: **Beseitigung der Armut ist Hauptziel für G77+China**	26
Joseph E. Stiglitz: Liebe Chinesen, Ihr braucht mehr Staat und weniger Markt!	26
E. Herzog: Peking und Hanoi auf verschiedenen Wegen	28
Hinweise: **Sommerakademien** / **2 SiG-Sondernummern** (Alternatives Handelsmandat/ Attac Fr: Energiewende in Frankreich)	28

Vorwort

Sind wir lernunfähig? Reichen die bitteren Erfahrungen des aus imperialistischen Rivalitäten entstandenen **Ersten Weltkrieges** vor hundert Jahren nicht aus, um den Ruf „Nie wieder Krieg“ umzusetzen? Was hat der Neuanfang nach der Niederringung der faschistischen Agressionen des **Zweiten Weltkrieges** und nach dem Entsetzen über **Hiroshima und Nagasaki** gebracht? Sind die Verantwortlichen für die US-amerikanischen Agressionskriege gegen **Vietnam** und andere Länder des globalen Südens wenigsten vor ein „Nürnberger Gericht“ gestellt worden? Wurde nach dem Ende des „Kalten Krieges“ die von allen erhoffte „Friedensdividende“ eingefordert, oder sorgten der **„militärisch-industrielle Komplex“** (Eisenhower) und seine Lobbyisten dafür, dass – ungestraft – eine Kette von neuen imperialen Kriegen begonnen, Hunderte neuer Militärbasen gebaut, und immer mehr Rüstungsexporte angestoßen wurden? Wie konnte es passieren, dass die Verursacher der Agression gegen den **Irak** und des aktuellen Chaos dort (G.W.Bush, Tony Blair) nicht längst vor einem UN-Kriegsverbrecher-Tribunal zur Rechenschaft gezogen wurden? Im globalen Süden wird diese doppelte Moral des Westens – z.B. in **Palästina** so offenkundig - verhaßt und verachtet. Kann es da verwundern, dass angesichts der nihilistischen Chaosproduktion des Westens (**Irak, Afghanistan, Lybien**) irrational-fanatische Gegenreaktionen entstehen, die sich in ihrer Ohnmacht auf religiös-sektiererische Traditionen berufen und eine gruselige Spirale von Hass, Gewalt, Mord und Todschlag sich verselbständigt?

Den polit-ökonomischen Hintergrund des Chaos in Westasien untersucht **Mohssen Massarrat**, vielen bekannt u.a. durch seine Auftritte auf ATTAC-Sommerakademien und Ratschlägen. Er erläutert in dieser SiG ausführlich die ökonomischen Hintergründe des Aufstiegs und Niedergangs des **US-Dollar-Imperialismus;** im **STERN** spricht er von den „*egoistischen Staaten von Amerika*“ und führt die Krise um die **Ukraine** auf die *„provozierende Einkreisung Russlands“* zurück. *„Dieses Verhalten der USA kann man auch in ihrer auf Europa bezogenen Energiestrategie klar erkennen:* ***Europas Abhängigkeit*** *sollte von russischen Öl- und Gaslieferungen auf ein Minimum reduziert werden, jedoch umgekehrt von den Energielieferungen aus dem unter eigener Kontrolle der USA stehenden Mittleren Osten deutlich erhöht werden. Deshalb wurden die zentralasiatischen Staaten mit beträchtlichen Öl- und Gasvorräten zu Partnern erklärt, die Nato-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, und in Usbekistan und Aserbaidschan wurden gar US-Militärstützpunkte errichtet. Obwohl alle ökonomischen Kriterien dagegen sprachen, wurden US-Konzerne beauftragt, die kostspielige Nabucco–Pipeline von Zentralasien über die Türkei nach Westeuropa zu errichten. Gleichzeitig hat man damit begonnen, die osteuropäischen Staaten an die EU und die Nato "heranzuführen".*

Die militärische Ausdehnung, die steigenden Rüstungsausgaben und -exporte der NATO sind die eine Reaktion des Westens auf seine Schwächung. Der wirtschaftliche Niedergang, durch Krisen und die neue internationale Arbeitsteilung verursacht, soll durch eine Abschottung gegenüber dem aufsteigenden globalen Süden mit einer Wirtschafts-NATO verlangsamt werden. **Pia Eberhardt** untersucht, wie in der Debatte um das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (**TTIP**) die Auseinandersetzung um das globale Investitionsrecht jetzt auch in Europa angekommen ist. **Investor- Staat-Klagen** können Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe nach sich ziehen. Statt Investoren unter das **Primat des demokratisch bestimmten Gemeinwohls** zu stellen und die Prioritäten der Politik ihnen gegenüber durchzusetzen, werden umgekehrt die Kapitalisten mit Gestaltungshoheit ausgestattet und z.B. die durch politische Reformen verursachte Gewinneinbußen einzelner Unternehmen von Steuerzahler bezahlt. Der Widerstand dagegen ist allerdings aussichtsreich. Schon einmal wurde mit dem MAI ein solcher Versuch erfolgreich gekippt. Besonders gefährlich ist das Vorhaben, alle Gesetze im Interesse der privaten Unternehmen zu überprüfen und umzuschreiben - ein Vorhaben, das in der EU mit **REFIT** schon eingeleitet wurde.

Kerstin Sack berichtet von dem **Treffen der Gruppe G77 und China** in Bolivien, auf dem diese Länder ihre gemeinsame Strategie zur Beseitigung der Armut in ihren Ländern beraten haben. **Josef Stieglitz**, dessen Buch: *„Die Kosten der Ungleichheit“* ebenso zu einem Bestseller geworden ist wie Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21.Jahrhundert“ (dazu mehr in einer der nächsten SiG!) schreibt: „*Liebe Chinesen, Ihr braucht mehr Staat und weniger Markt !*“. Ob er in Peking gehört wird? Jedenfalls scheint sich der Wind zu drehen und weltweit eine neue Unzufriedenheit mit der Ungleichheit innerhalb und zwischen den Staaten zu wachsen. Das wird wohl auch Thema auf der Sommerakademie in Paris sein, dort, wo immer noch an allen Rathäusern die Parole zu lesen ist „Freiheit, **GLEICHEIT**, Brüderlichkeit“. Der neoliberale Virus (Samir Amin) ist längst nicht besiegt, aber - mit unserer Hilfe - verliert er immer mehr seine ideologische Hegemonie. (ps)

sandimgetriebe

Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

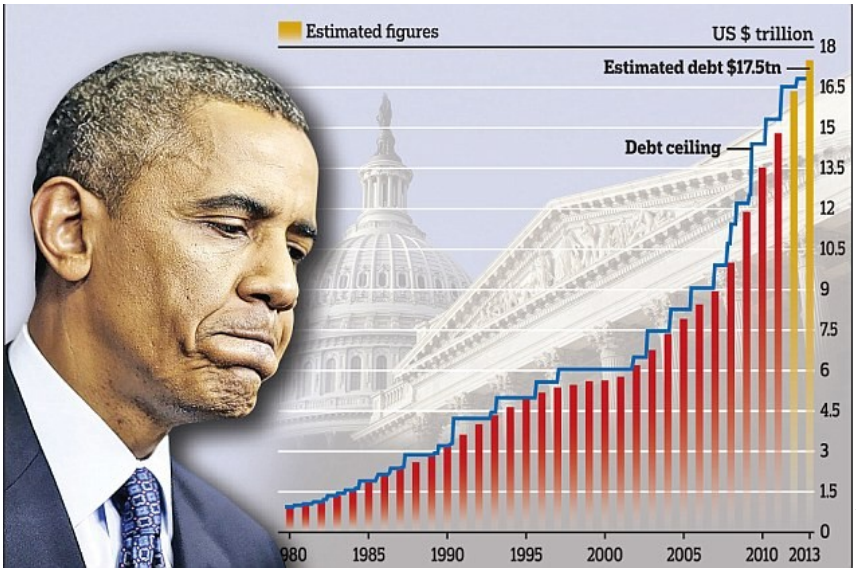
Gedruckte Exemplare *von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.***

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Elke Michauk, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Mohssen Massarrat

Der Dollar-Imperialismus

oder wie die USA sich zu Lasten der übrigen Welt bereichern



Mit dem Instrument Staatsverschuldung durch Staatsanleihen und Geldneuschöpfung verfügen die USA als einzige Ökonomie der Welt über die Möglichkeit, mehrere Megaprojekte, wie Bankenverstaatlichung und gigantische Rüstungsausgaben, gleichzeitig zu finanzieren, die eine Volkswirtschaft niemals und ohne gravierende Folgen aus eigener Kraft bewältigen kann. Mit diesem Beitrag werden auch Verschwörungstheorien rund um die „FED"(Federal Reserve Bank) widerlegt. Es ist vor allem der militärisch-industrielle Komplex, der von dem „ungeheuerlichem Privileg"(Barry Eichengreen) profitiert. Allerdings entwickeln sich langfristig Alternativen: die Globale Energiewende und eine multipolare Vielfalt von Leitwährungen. (SiG-Redaktion)

Es ist der 11. Dezember 2013 - zu später Stunde steht die Anne-Will-Talkshow auf dem Programm. Diskutiert wird der Vorschlag der Bankenregulierung, den die EU-Kommission vier Jahre nach der Finanzkrise endlich vorgelegt hat. Mit von der Partie ist, außer deutschen Befürwortern und Kritikern des Kommissionsvorschlags, diesmal auch der Investmentbanker und ehemalige US-Botschafter in Deutschland, John Kornblum. Wie immer erhitzen sich bei diesem Thema die Gemüter.
Immerhin geht es um die Frage, wer für die Kosten der Bankenkrise aufkommt, die Banken oder die Steuerzahler. Diese Debatte ging aber dem amerikanischen Teilnehmer ziemlich bald gegen den Strich: *„Wir haben in Amerika die Banken innerhalb von wenigen Wochen verstaatlicht. Ich verstehe aber nicht, warum Ihr in Europa so lange braucht, um das Problem maroder Banken zu lösen."* Klar, Amerika ist halt aus einem anderen Holz geschnitzt. Getrost konnte man daher Kornblums viel sagenden Einwurf übergehen.

In dem einige Tage später in „Die Welt" anlässlich 5 Jahre Lehman-Pleite erschienenen Beitrag *„USA stürzen Europa in die Krise und ziehen vorbei"* fand man immerhin Anhaltspunkte für das amerikanische Wunder.
Tatsächlich haben die USA schon 2009 erfolgreich sämtliche maroden Banken verstaatlicht, um ihre Schulden abzustoßen und sie anschließend wieder zu privatisieren, während in der EU aus der Bankenkrise eine Staatsverschuldungskrise geworden ist.

Dabei sind die globalen Wirtschaftsdaten der USA alles andere als rosig: die US-Handelsbilanz weist z. B. seit 1987 ununterbrochen Defizite auf, die in diesen 26 Jahren angehäufte Defizitsumme beträgt 9.627 Milliarden US-Dollar.

Die Ursache dafür ist, dass die US-Ökonomie in **Teilen** gegenüber ihren Hauptkonkurrenten EU, China und Japan längst **nicht wettbewerbsfähig** ist.
Die **Staatsverschuldung** der USA kletterte zwischen 2003 und 2013 von 6.731 auf 17.556 Milliarden Dollar um beinahe das Dreifache; die Staatsquote stieg im selben Zeitraum von 60 auf 108 Prozent, damit deutlich rasanter als die Staatsquote der EU, die von 60 „lediglich" auf 87 Prozent anstieg.
Wie aber haben die Amerikaner trotzdem das Wunder vollbracht, quasi im Handumdrehen ihre Bankenkrise loszuwerden und davonzuziehen?

Die geheimnisvolle Geldquelle der USA: Die Staatsverschuldung

Gängige Antworten wie *„die Amerikaner haben sehr schnell die Banken kapitalisiert und sehr früh Stresstests durchgeführt,"* so Andreas Dombret, das für Finanzstabilität zuständige Vorstandsmitglied bei der Bundesbank, lassen das Wichtigste, nämlich wo das dafür nötige Geld so rasch hergekommen ist, ganz offen. Und das in einem Land, das gerade dabei ist, die riesigen Lasten von zwei kostspieligen Kriegen in Afghanistan und Irak zu bewältigen und das einen gigantischen Rüstungshaushalt zwischen 500 und 800 Milliarden Dollar seit dem Jahrhundertanfang unterhält?

Zwar verfügen die USA mit 15.684 Milliarden Dollar Brutto Inlandsprodukt in 2012 über eine sehr mächtige Volkswirtschaft, aber mit 12.785 Milliarden Dollar im selben Jahr liegt die EU nur geringfügig hinter den USA.
Durch die Größe der Volkswirtschaft können also Amerikas Wunder der gleichzeitigen Bewältigung von mehreren finanzaufwändigen Megaprojekten nicht erklärt werden.

In der **EU** ist die Frage der Lastenverteilung das größte ungelöste Problem der Bankenkrise: Die Banken weigern sich, die Lasten alleine zu tragen, die Regierungen sehen sich andererseits mit zwei roten Linien konfrontiert, erstens die Belastungen für die Steuerzahler in Grenzen zu halten und gleichzeitig die selbst verordneten Schuldenbremsen einzuhalten.

Amerikas Regierungen scheinen dagegen mit ihrer Politik der Vergabe von Staatsanleihen über eine geheimnisvolle Geldquelle zu verfügen, mit der sie sowohl die US-Haushaltsdefizite wie die US-Leistungsbilanzdefizite finanzieren.

Technisch werden beide Ziele wie folgt umgesetzt:
Um laufenden Staatsausgaben zu tätigen tauscht das US-Finanzministerium **Staatsanleihen bei der FED** gegen von dieser frisch gedruckten Dollar um - allein in 2013 wurde so 1100 Milliarden Dollar in Umlauf gebracht.
Die **FED** wiederum vermarktet diese Staatsanleihen auf dem Weltmarkt und lenkt so ständig neues Kapital in die US-Ökonomie, das für den Ausgleich der Leistungsbilanzdefizite sorgt. Der Preis für diese Geldschöpfungspolitik ist die gigantische Staatsverschuldung.

Um die alten Anleihen samt Renditen bei Fälligkeit zu bedienen, werden eben neue Staatsanleihen ausgegeben, die - gegen frisches Geld bei der FED eingetauscht - erneut in Umlauf gebracht werden.
Dieser Prozess kann beliebig fortgesetzt werden, solange wie Investoren darauf vertrauen, dass Investitionen in US-Staatsanleihen eine sichere und profitable Investitionsanlage darstellen.

Dieser weitestgehend verborgene Dollarkreislauf, - Investitionen in US-Staatsanleihen, steigende Nachfrage nach Dollar, Geldschöpfung durch die FED - sorgt dafür, dass das Vertrauen in US-Staatsanleihen erhalten bleibt und ein ständiger Kapitalfluss in die US-Ökonomie stattfindet.
Kein Wunder, dass dann eine unter gigantischen Handelsbilanzdefiziten leidende Ökonomie keinen Staatsbankrott befürchten muss. **Die Auslandsverschuldung der USA bedeutet Kapitalimport in die USA**. In der Kapitalbilanz schlägt sich die Auslandsverschuldung als Kapitalimportüberschuss nieder.
Im Zeitraum 2000 bis einschließlich 2013 stieg die Auslandsverschuldung der USA **von 5.629 auf 17.240**, somit um 11.621 Mrd.Dollar.[1]

Im Klartext flossen in diesem Zeitraum eine zusätzliche Kapitalmasse, damit also reale Wirtschaftsleistungen aus der ganzen Welt in dieser Höhe in die USA, während letztere sich darauf beschränkten, neues Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen.
Um die Relationen nachvollziehbar zu machen, machte die in 2013 in die USA geflossene Kapitalmasse von 1.198 Milliarden Dollar ca.7, 6 Prozent des BSP aus. Dieser zusätzlich in die US-Wirtschaft geflossene Kapitalstock erklärt auch, dass die US-Sparquote in diesem Zeitraum Richtung Null dramatisch abgesunken ist. Die Amerikaner konsumierten nahezu ihre gesamten selbst produzierten Waren und Dienstleistungen, während der Rest der Welt für die Investitionen aufkam, um Amerikas Wirtschaft am Laufen zu halten.
Mit dem Instrument Staatsverschuldung durch Staatsanleihen und Geldneuschöpfung verfügen **die USA** als einzige Ökonomie der Welt über die Möglichkeit, mehrere Megaprojekte, wie Bankenverstaatlichung und gigantische Rüstungsausgaben, gleichzeitig zu finanzieren, die eine Volkswirtschaft niemals und ohne gravierende Folgen aus eigener Kraft bewältigen kann.
Für die geräuschlose Abwicklung der eigenen Bankenkrise lieferte nämlich die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) das nötige Kapital, deren Finanzbasis im Wesentlichen eben die Staatsanleihen des US-Finanzministeriums sind. Die FDIC ist eine vom US-Kongress speziell geschaffene Institution, *„um Stabilität und öffentliches Vertrauen in das nationale Finanzsystem herzustellen.“*

Damit ist des Rätsels Lösung für die rasche Abwicklung der US-Bankenkrise gelüftet, mit der sich der Ex-US-Botschafter John Kornblum im deutschen Fernsehen brüstete.

Die EU verfügt eben nicht über ein derartiges Instrument, da sie sich - im Unterschied zu den USA - durch Staatsanleihen und Geldschöpfung statt eines Kapitalzuflusses eine Inflation einhandeln würde.
Die weltweite Nachfrage nach Euros hält sich in Grenzen, die EU-Währung ist eben keine Weltwährung, die US-Währung aber schon. Der bei weitem größte Teil des Welthandels wird immer noch in Dollar abgewickelt. Deshalb ist die weltweite Nachfrage nach Dollars ungeheuer groß, und sie wächst in dem Maße, wie der Welthandel wächst. Deshalb können die USA auch mit Hilfe der Gelddruckmaschine laufend Dollars - gegenwärtig über 1.100 Mrd.Dollar im Jahr - in Umlauf bringen und damit ihre steigende Staatsverschuldung mit finanzieren[2].

Deshalb macht sich der US-Ökonom und Wirtschafts-Nobelpreisträger Roger B. Myerson wegen der US-Schulden auch keine Sorgen. Denn *“die US-Schulden sind in Dollar“*, so Myerson,*“ und die USA können Dollars drucken. [...] Wir werden vielleicht Inflation haben. Aber wir werden die Schulden sicher zurückzahlen.“*

Dass aber die USA ihre Schulden, wie Myerson behauptet, nie zurückzahlen werden, wusste der US-Ökonom Michael Hudson bereits in den 70er Jahren. *„Da diese Anleihen des Finanzministeriums in die monetäre Basis der Weltwirtschaft eingebaut sind, müssen sie nicht zurückgezahlt werden, sondern werden unbegrenzt erneuert. Auf dieser unendlichen Umschuldung beruht die finanzielle Freifahrt der Vereinigten Staaten, eine Steuer, die der ganzen Welt auferlegt wird.“*[3] Im Grunde ähneln die USA immer mehr den Rentierstaaten, wie z. B. Saudi Arabien. Statt Öl benutzen die USA jedoch den Dollar als Hebel der Aneignung der globalen Kaufkraft, weil er die internationale Leitwährung ist. Während Saudi-Arabien immerhin Öl gegen Leistungen anderer Nationen exportiert, pumpen die USA lediglich Papier in den globalen Geldkreislauf.

Rüstungsausgaben und Staatsverschuldung

Seit der Amtsübernahme von Georg W Bush junior stieg der Verteidigungshaushalt der USA dramatisch an und erreichte 2011 die Rekordsumme von 705,557 Mrd.Dollar. [4]
Gegenwärtig geben die USA soviel für Rüstung aus, wie der Rest der Welt zusammen. Jede andere Volkswirtschaft wäre mit derart großen unproduktiven Ausgaben längst zusammengebrochen. Tatsächlich hat das Wettrüsten im Kalten Krieg zum Zusammenbruch der Sowjetunion geführt, während nach dem Ende der Blockkonfrontation die USA ihre Rüstungsausgaben erst richtig steigerten und zwar exponentiell, nämlich von 150 Mrd. Dollar in 1990 auf das beinahe **Fünffache** in 2011.

Der Anteil von Rüstungsausgaben am Brutto-Inlandsprodukt der USA beträgt mit 4% auch nicht ohne Grund mehr als doppelt so viel wie bei anderen westlichen Industrieländern. Und dennoch ist das Militärbudget bei Haushaltsdebatten im Kongress ein Tabuthema. Die Opposition, die jegliche Erhöhungen bei anderen Haushaltstiteln zum Anlass nimmt, um mit der Regierungspolitik strengstens ins Gericht zu gehen, hält sich beim Militärhaushalt mit Kritik merklich zurück, es sei denn wegen zu geringer Steigerungsraten. Auch in den Medien und in der Gesellschaft finden trotz der ungewöhnlich hohen Rüstungsquote keine substanziellen Debatten statt.

Wie ist aber diese Gleichgültigkeit der Amerikaner gegenüber ihrem Rüstungshaushalt zu erklären?
Könnte es sein, dass die USA auch ihre Rüstungsausgaben mittels Staatsverschuldung und Gelddruck decken?

Der US-Anthropologe und Vordenker der Occupy-Bewegung, **David Graeber**, behauptet das jedenfalls in seinem viel beachteten Buch „Schulden“. *„Die Staatsschulden der Vereinigten Staaten seit 1790“*, so Graeber, *„sind Kriegsschulden.“*[5]

Für diesen sehr langen Zeitraum mag diese Aussage übertrieben sein, für die letzten hundert Jahre trifft sie aber, wie die Angaben der folgenden Tabelle 1 veranschaulichen, auf jeden Fall zu.

Tabelle 1: US-Verteidigungsetat und –Auslandsverschuldung seit 1900 in Milliarden Dollar Jahresdurchschnitt

Dekaden	US-Verteidigungsetat	Staatsverschuldung	Beteiligung an Kriegen
1900-09	kA	2,30	
1910-19	kA	6,80	1. Weltkrieg
1920-29	kA	22,83	
1930-39	kA	35,35	
1940-49	33,350	182,71	2. Weltkrieg
1950-59	41,496	269,45	Koreakrieg
1960-69	60,280	323,82	Vietnamkrieg
1970-79	88,997	547,27	
1980-89	231,612	924,05	Jugoslawienkrieg
1990-99	272,495	4635,56	Irakkrieg
2000-2009	465,363	7888,10	Kriege in Afghanistan, Irak, Libyen
2010	693,498	13528,81	Kriegsfolgekosten

Quellen: Das Schulden-Porträt der USA 1791-2013. www.sgipl.org.; Fiscal Year 2014. Historical Tables. Budget of the U.S. Government, Washington DC., S. 143f-144, und eigene Berechnungen.

Für den eindeutigen kausalen Zusammenhang zwischen Kriegen, der Steigerung der Rüstungsausgaben und der Staatsverschuldung gibt es zwei wesentliche Gründe:
Erstens können Regierungen - nicht nur in den USA - Kriege durch Staatsverschuldung leichter akzeptanzfähig machen, da man so die Kriegskosten auf mehrere Generationen verteilen kann. Die Finanzierung der Kriegskosten durch direkte Steuern würde dagegen die Bevölkerungen gegen jeden Krieg mobilisieren. So wären die beiden Weltkriege ohne Staatsverschuldung gar nicht möglich gewesen. Auch die USA haben ihre Beteiligung an diesen Kriegen durch Staatsverschuldung finanziert. Da die Vereinigten Staaten vor allem seit dem ersten Weltkrieg bis heute permanent an zahlreichen Kriegen beteiligt waren, ist ihre Staatsverschuldung folglich kumulativ angewachsen.
Zweitens verursachen Kriegsschulden generell exponentielles Schuldenwachstum. Denn Rüstungsinvestitionen sind, im Unterschied zu Investitionen in Infrastruktur, die neue Wertschöpfung und entsprechend neue Steuereinnahmen generieren, unproduktiv und bewirken, ökonomisch gesehen, eine Kapitalvernichtung. Die Staatsverschuldung der USA stieg jedenfalls jedes Mal, wie die Daten in der Tabelle 1 belegen, bei einem neuen Krieg sprunghaft an.

Wie man jedoch unschwer erkennen kann, nehmen die Steigerungsraten der Staatsverschuldung der USA einen rasanten Verlauf, seit der Dollar mit der Entstehung des Bretton-Woods-Systems **1944** zur Leitwährung aufgestiegen ist.
Noch rasanter stieg die Staatsverschuldung nach dem Zusammenbruch dieses Währungssystems in **1973**, somit nach Eliminierung der goldgedeckten Regulierung. Innerhalb von 7 Jahren verdoppelt sich die US-Staatsverschuldung von 466 (1973) auf 909 Mrd. Dollar.

Es ist offensichtlich: das faktische Monopol am Weltgeld erklärt, wieso eine Volkswirtschaft wie die der USA, die in vielen Bereichen in der Weltwirtschaft nicht wettbewerbsfähig ist und chronisch defizitäre Handelsbilanzen aufweist, nicht nur derartige Megaprojekte finanzieren kann, sondern auch einen relativ stabilen Finanzsektor aufweist und eine Währung besitzt, die wie ein Magnet Kapitalüberschüsse aus der ganzen Welt an sich ziehen kann.
Damit entsteht aber die Frage, **wie es den USA gelungen ist, den Dollar** trotz dessen inflationärem Wesen **zur globalen Leitwährung zu machen**, der sämtliche internationalen Player bis heute großes Vertrauen schenken.

Zur Geschichte der US-Währung

Zur plausiblen Beantwortung der oben aufgeworfenen Frage, wird ein kurzer Exkurs in die Geschichte der US-Währung unumgänglich:
Bis zur ersten Weltwirtschafts- und Finanzkrise 1927 war das britische Pfund die global anerkannte Leitwährung, die während des zweiten Weltkrieges diese Funktion an die Währung der USA, der neuen Wirtschafts- und Hegemonialmacht, abtreten musste.
Großbritannien und andere europäische Volkswirtschaften wurden auf Grund von immensen Kriegsausgaben die größten Schuldnerstaaten, während die USA die Position der Hauptgläubigernation einnahmen.
Im **Abkommen von Bretton Woods von 1944** wurden dieser Verschiebung der Kräfteverhältnisse Rechnung getragen und der US-Dollar zur neuen goldbasierten Leitwährung mit 35 Dollar für je eine Unze Gold festgeschrieben.
Um den Welthandel anzukurbeln, mussten Staaten seit diesem Datum Dollarreserven anlegen, während die US-Zentralbank zur Stabilisierung des Dollarwertes gezwungen wurde, ihre Goldreserven drastisch zu vergrößern. Um einer ungezügelten Dollarvermehrung einen Riegel vorzuschieben, wurde im selben Abkommen die US-Zentralbank verpflichtet, zu jedem Zeitpunkt die Dollarreserven anderer Staaten gegen **Gold** austauschen zu müssen.

Ungeachtet dieser im Abkommen eingebauten Bremsen haben die USA ihre bewährte Politik der Staatsverschuldung durch Ausgabe von Staatsanleihen fortgesetzt und damit den Vietnamkrieg in den 1960er Jahren mitfinanziert. Doch flog der Schwindel dank sinkenden Dollarwertes auf den Märkten auf.
Wohl wissend, dass die USA den **Vietnamkrieg** auf Kosten von Staaten mit Dollarreserven führten, beendete als erste die französische Regierung – die sich ohnehin ihrer Unabhängigkeit von den USA rühmte - ihre Zurückhaltung und transportierte einen beträchtlichen Teil ihrer Dollarreserven in die USA und zwang die US-Zentralbank entsprechend dem Bretton-Woods-Abkommen zur Rückgabe des Gegenwerts in Gold. Diese Intervention Frankreichs war der Anfang vom **Ende der Goldbindung des Dollars.**
Zunächst entband Richard Nixon, der amtierende US-Präsident, 1971 die Goldbindung des Dollars, dann brach auch 1973 das Bretton-Woods-Abkommen endgültig zusammen. Dadurch brach Amerikas Währungs- und Finanzsystem jedoch keineswegs zusammen. Ganz im Gegenteil und zum Staunen der Fachwelt hat nicht nur der Dollar seine Funktion als Weltgeld gestärkt.

Auch die USA selbst untermauerten ihre Hegemonialposition - wieso eigentlich?
Erstens führte die Beendigung der künstlichen Dollaraufwertung bei festen Wechselkursen im Bretton-Woods-System zu einem großen, ökonomisch jedoch ungerechtfertigten Aufschwung der amerikanischen Exporte und so auch der steigenden Dollarnachfrage.
Zweitens hatten jene Staaten mit beträchtlichen Dollarreserven die Möglichkeit, oder richtiger keine andere Wahl, als ihre Dollarguthaben zur Vermeidung von Verlusten in US-Staatsanleihen anzulegen, allerdings um den Preis einer dauerhaften Bindung ihres Schicksals an die US-Ökonomie.
Drittens nutzten die USA die militärische Abhängigkeit vieler Staaten aus, um diese zum Ankauf von US-Anleihen zu bewegen. Tatsächlich tauschten die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Taiwan und Südkorea, die nach dem zweiten Weltkrieg und dem Koreakrieg allesamt zu US-Militärprotektoraten geworden waren, ihre Devisenreserven in US-Staatsanleihen um, was David Graeber als Beleg für seine Feststellung anführt, dass *„die neue globale Währung noch fester in der militärischen Macht verankert ist als die alte.“*[6]
Und *viertens* - dies ist der allerwichtigste Grund -, weil sich inzwischen gänzlich unbemerkt und naturwüchsig eine andere Stütze für die Dollarwertstabilität in der Weltökonomie herausgebildet hatte: gemeint ist der Handel mit Öl auf Dollarbasis als Folge der nach dem zweiten Weltkrieg rasant steigenden globalen Ölnachfrage.

Der Ölhandel: Übergang von der Goldbindung zur Ölbindung

Das Öl ist wie das Gold selbst ein erschöpfbarer Rohstoff und tendiert daher langfristig ebenfalls zur Wertsteigerung. Das Öl war und ist auch weiterhin der Schmierstoff für die Weltwirtschaft. Das Wirtschaftswachstum war über ein halbes Jahrhundert an das Wachstum des Ölkonsums gekoppelt. Erst steigende Ölpreise und steigende Energieeffizienz entkoppelten diesen Gleichschritt. Öl ist auch das einzig homogene Gut mit steigendem Anteil am Welthandel und wird von allen Staaten der Welt, mit Ausnahme der Ölexporteure selbst, nachgefragt.
So hatten sich Amerikas Währung und der Ölhandel bereits in den 1960er Jahren längst zusammengefunden - der Übergang von der Goldbindung hin zur Ölbindung konnte daher in den 1970er Jahren nahtlos und beinahe unbemerkt stattfinden.
Der erste Ölpreissprung von ca. 2 auf über 10 Dollar pro Fass in 1974 hatte über Nacht den Anteil des Öls am Welthandel ohnehin verfünffacht. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts und nach einer längeren Periode von Ölniedrigpreisen bewegt sich der Ölpreis auf dem historischen Hoch zwischen 100 bis 150 Dollar pro Fass. Mit der Ölpreissteigerung stieg auch, wie die untenstehende Tabelle 2 veranschaulicht, der Anteil des Öls am Welthandel und stärkte dadurch abermals die Position des Dollars als das bisher unumstrittene Weltgeld.

	1970	2001	2011
Öl Weltexporte Barrel pro Tag	25,36 Mio.	44,79 Mio.	54,58 Mio.
Ölpreis Dollar pro Barrel	2,0 $	22,8 $	111,3 $
Der Wert der Weltölexporte pro Tag	0,05 Mrd. $	1,02 Mrd. $	6,08 Mrd. $
Der Wert der Weltölexporte pro Jahr	18,5 Mrd. $	373 Mrd. $	2217 Mrd. $
Der Wert der Weltexporte pro Jahr	317 Mrd. $	6.191 Mrd. $	18.217 Mrd. $
Anteil Weltölexporte an den Weltexporten	1,7%	6%	12%

Quellen: World Trade Organization 1950-2012; BP Statistical Review of World Energy und eigene Berechnungen

Die Dollarschwemme entlud sich nach Richard Nixons Aufhebung der Goldbindung des Dollars also keineswegs, wie allgemein erwartet worden war, in Hyperinflation. Mehr noch: die USA waren dadurch sogar jene völkerrechtlichen Fesseln losgeworden, die das Bretton-Woods-Abkommen dem Dollar und ihrer Staatsverschuldungspolitik auferlegt hatte. Fortan hatten die USA freie Bahn, mit der Vergabe von Staatsanleihen und der Dollarmengenexpansion erst recht loszuschlagen und ihr steigendes Haushaltsdefizit zu Lasten der übrigen Welt zu finanzieren.
Als Mutterland des Monetarismus trat also mit ihrer Politik der schrankenlosen Geldvermehrung genau das Gegenteil von dem ein, was die USA andern Staaten direkt oder über den IWF untersagten. Dabei sollte aber das Weltgeld als ein öffentliches Gut angesehen werden (wie z. B. die Weltmeere). Seine Funktion müsste daher darin bestehen, für den reibungslosen internationalen Handel die monetäre Grundlage zu liefern.

Durch die Aufhebung der Goldbindung des Dollars und den naturwüchsigen Übergang zur Öldeckung des Dollars, erlangten die USA jedoch das **einmalige Privileg**, sich erstmals in der Geschichte der Weltwirtschaft von allen politischen Kontrollen und Einengungen durch die Weltgemeinschaft zu befreien und dadurch **die Weltwährung ganz im nationalen Interesse einzusetzen**. Dieses verdeckte Monopol in Verbindung mit ihrer Hegemonialmacht schuf so die Grundlage für die Staatsverschuldungspolitik der USA, die Hudson ganz zu Recht „***Schuldenimperialismus***“ nannte.
Die skrupellose Vergabe von Staatsanleihen durch das US-Finanzministerium erscheint in der Außenwahrnehmung zwar als legitime Handlung eines souveränen Staates, in Wirklichkeit ist sie aber die unsichtbare Form einer imperialistischen Aneignung der globalen Kaufkraft, die seit der Aufhebung des Goldstandards neuen Aufschwung erhielt und die bis heute andauert.

Öl und das „Projekt des amerikanischen Jahrhunderts“

Doch können die USA die in der ganzen Welt geschaffene Kaufkraft nur so lange schlucken, wie der Ölhandel in Dollar abgewickelt wird und auch der Status der US-Währung durch andere potentielle Währungen, wie dem Euro oder Chinas Renminbi, nicht gefährdet wird. Eine Untersuchung der Ölexportpolitik der wichtigsten Ölstaaten zeigt jedoch, dass keiner von ihnen ernsthaft die Absicht hegt, ihr Öl in Euro oder in Renminbi zu verkaufen. Sämtliche Ankündigungen Saddam Husseins in dieser Richtung haben sich wie viele seiner Drohungen als Bluff erwiesen. Auch die Islamische Republik Iran wagte zu keinem Zeitpunkt ernsthaft, ein solches Ansinnen in die Tat umzusetzen. Tatsächlich wäre auch ein einziger Ölstaat, ja auch mehrere von ihnen zusammen, außerstande, das große Risiko eines Angriffs auf den Dollar, jenes monopolistischen Privilegs der USA auf sich zu nehmen. Saudi-Arabien und andere Öldynastien mit ihrem beträchtlichen Anteil am globalen Ölhandel von über 25 Prozent gehören ohnehin zu den ergebensten Verbündeten der USA im Mittleren Osten.

Eine akute Bedrohung läge allerdings vor, wenn alle Ölstaaten, zusammen mit China, und vielleicht auch Russland sich in einer Antidollar-Allianz verbündeten. Zwar ist das aus heutiger Sicht reine Theorie, den-

noch als solche auch brisant genug, um die Hauptprofiteure des US-Monopols, den militär-industriellen Komplex, den Finanzsektor der USA und die diese Kräfte repräsentierenden US-Neokonservativen zu beunruhigen.
Als mächtigste Konkurrenz der USA, kann es sich **China** tatsächlich nicht leisten, durch seine gigantischen Dollarreserven von 16.000 Milliarden Dollar auf Dauer in gefährlicher Abhängigkeit von der konkurrierenden Weltmacht zu bleiben.
Für Chinas Souveränität und Sicherheit ist von existenzieller Bedeutung, zu allererst seine Dollarreserven abzubauen und langfristig seine eigene Währung als zweite Weltwährung zu etablieren.
Auch politisch und ökonomisch souveräne **Ölstaaten** haben – rationale Handlungen unterstellt – ein berechtigtes Interesse, ihre Abhängigkeit vom Dollar und der US-Politik zu reduzieren und die Freiheit zu besitzen, ihr Öl, um die eigenen Öleinnahmen zu optimieren, nicht nur in Dollar, sondern auch in Euro oder auch in Renminbi zu verkaufen.

Was wäre, wenn... der Dollar nicht länger die einzige Weltwährung wäre?

Man stelle sich nur einmal vor, der Dollar wäre nicht länger die einzige Weltwährung und er hätte seine Stabilität notwendigerweise im schwungvollen internationalen Wettbewerb mit Euro und Renminbi längst eingebüßt. Das überschüssige internationale Kapital würde dann im beträchtlichen Umfang von den USA abgezogen und in der Euro- oder Renminbi Zone investiert werden.
Die bisherige US-Politik der Staatsverschuldung durch die Ausgabe von Staatsanleihen geriete ins Stocken, das im überfraktionellen Konsens bestehende Tabu, an den Militärausgaben nicht zu rütteln, verlöre seine Gültigkeit. Dann bliebe den US-Regierungen auch keine andere Wahl, als das unverhältnismäßig hohe Militärbudget drastisch, sagen wir innerhalb von wenigen Jahren, auf die Hälfte zu senken, um ihre chronischen Haushaltsdefizite abzubauen. Was würde sich dann aus dieser neuen Lage aber für die Hegemonialmacht USA ergeben?

Innerhalb der USA würde eine heftige Debatte über Sinn und Unsinn der Rüstungsausgaben und der weltweiten Militärkapazitäten, einschließlich der über 800 Stützpunkte, mit der Aussicht stattfinden, die USA massiv und zwar auf ein Maß zu entmilitarisieren, das ihrer tatsächlichen ökonomischen Stärke entspräche.
So wären dann die USA nicht länger die „einzig verbliebene Weltmacht“, sondern eine von mehreren Weltmächten. Dadurch würden auch **neuartige Macht-Strukturen und -Gleichgewichte denkbar**: Asien würde z.B. zusammenrücken. Diese Region wie aber auch der Mittlere Osten, Südamerika, Afrika und auch Europa hätten echte Chancen, sich in regional kooperative und gemeinsame Sicherheitsarchitekturen zusammen zu finden. Dann verlören auch nationalistische und rassistische Ressentiments und Feindbilder stark an Zugkraft. Vielleicht würde auch der Finanzsektor auf ein sinnvolles Maß schrumpfen und würden sich auch die Voraussetzungen für eine gerechtere Verteilung des Einkommens deutlich verbessern.
Kurzum, wir träfen auf eine Welt mit mehr Gerechtigkeit, weniger Finanzspekulation, eine Welt, die demokratischer und auch friedlicher geworden ist. Die **Verlierer** eines solchen Szenarios wären allerdings der militär-industrielle Sektor, der Finanzsektor und die US-Neokonservativen.

Vor dem Hintergrund dieses denkbaren Szenarios, erscheinen die großen politischen Projekte und sämtliche außenpolitische Aktivitäten der US-Neokonservativen - die authentischsten Vertreter des MIK und Finanzsektors - in einem neuen Licht. Zu diesen Projekten gehört in erster Linie das von ihnen bereits in den 1990er Jahren entwickelte Projekt „*Amerikas neues Jahrhundert*“ und dessen Herzstück, die **Schaffung des „Greater Middle East“**. Welche Bedeutung diesen Projekten zukommen soll, erfahren wir am besten aus den offiziellen Texten und Verlautbarungen der Neokonservativen selbst, aus denen im folgenden einige Passagen zitiert werden:

„Die Geschichte des 20. Jahrhunderts sollte uns gelehrt haben, dass es wichtig ist, die Umstände zu gestalten, bevor es zu Krisen kommt, und Bedrohungen entgegenzutreten noch bevor sie dringlich geworden sind. Die Geschichte des vorausgegangenen Jahrhunderts sollte uns gelehrt haben, dass wie uns der Sache der amerikanischen Führungsrolle verschreiben müssen. [ ] Gegenwärtig haben die Vereinigten Staaten keinen Rivalen. Amerikas große Strategieplanung sollte darauf zielen, diese vorteilhafte Position soweit wie möglich in die Zukunft hinein nicht nur zu erhalten, sondern sie auszubauen. Es gibt allerdings potentiell mächtige Staaten, die mit der gegenwärtigen Lage unzufrieden sind und die die Situation daher gerne verändern würden. Um also die gegenwärtige für die USA wünschenswerte strategische Situation aufrechtzuerhalten, ist eine global militärische Überlegenheit heute und in der Zukunft erforderlich…[…]

*Obwohl die internen Sensibilitäten in Saudi-Arabien es gebieten, dass die dortigen US-Streitkräfte nominell rotieren, ist es doch offensichtlich geworden, dass es sich dort um einen dauerhaften Einsatz handelt. Aus amerikanischer Sicht bleibt die Bedeutung solcher Militärstützpunkte erhalten, auch wenn Saddam Hussein von der Szene verschwinden sollte. Auf lange Sicht kann es sich herausstellen, dass der Iran eine große Bedrohung für amerikanische Interessen am Golf darstellt, so wie es zuvor beim Irak der Fall war. Aber selbst für den Fall, dass sich die Beziehungen mit dem Iran verbessern sollten, bliebe die Aufrechterhaltung der Voraus-Streitkräfte am Golf ein wesentliches Element der US-Streitkräfte in Anbetracht der langfristigen Interessen in der Region“[*7].

In unverschlüsselter Sprache übersetzt, streben demnach die US-Neokonservativen nach Festigung und Ausbau von monopolistischen Privilegien, die Amerika im letzten Jahrhundert erzielt hatte. Aus ihrer Sicht sind Bedrohungen der Rivalen jedoch nur durch militärische Macht möglich. Es ist offensichtlich, Amerika solle demnach Ostasien (China) und den Mittleren Osten im neuen Jahrhundert in ihrem Visier behalten, um Bedrohungen (beispielsweise die sich anbahnenden Annäherungen zueinander, lange bevor sie vollzogen sind) zu vereiteln und die Verhältnisse zu eigenen Gunsten zu verändern.
In den Dokumenten von „Amerikas neuem Jahrhundert“ ist von der Herstellung der Bedingungen für Frieden an keiner einzigen Stelle die Rede, umso mehr jedoch von Kriegen, vom Ausbau der Militärstützpunkte in der ganzen Welt, von militärischer Überlegenheit zu Lande, zu Wasser und in der Luft, von nuklearen Verteidigungsschilden in der Erdatmosphäre und vor allem von der weiteren Erhöhung der Rüstungsausgaben.

US-Militärstützpunkte weltweit

Trotz 830 Militärstützpunkten überall in der Welt, sollen nach Vorstellungen der US-Neokonservativen noch weitere, vor allem in Ostasien und Afrika, eingerichtet werden. Tatsächlich ist seit dem Sieg von George W. Bush 2001 die Handschrift der Protagonisten von „Amerikas neuem Jahrhunderts“ in Amerikas außenpolitischen Aktivitäten klar erkennbar. Die **treibende Kraft** hinter den Neokonservativen, in deren Gedankenwelt das Credo der militärischen Machtvermehrung unerschütterlich verwurzelt zu sein scheint, ist **der militär-industrielle Komplex**. Er stellt die größte Gefahr für die Demokratie in den USA und im Westen sowie für den Frieden in der Welt dar.

Schon Dwight Eisenhower hatte in seiner Abschiedsrede am 17 Januar 1961 vor diesem Ungeheuer gewarnt, das inzwischen in allen gesellschaftlichen Sektoren der USA, in der Wirtschaft, in wissenschaftlichen Einrichtungen und in der amerikanischen Kultur tiefe Wurzeln geschlagen hat.

„Diese Kombination eines gewaltigen militärischen Establishments und einer mächtigen Rüstungsindustrie ist neu in der amerikanischen Geschichte […]. In den Gremien der Regierung müssen wir der Ausweitung, ob aktiv oder passiv, des unbefugten Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes vorbeugen. Das Potenzial für einen verheerenden Anstieg der Macht an falschen Stellen besteht und wird bestehen bleiben. Wir dürfen niemals zulassen, dass diese einflussreiche Allianz unsere Freiheiten und demokratischen Prozesse gefährdet. Wir dürfen nichts als selbstverständlich betrachten."

Dieser mächtige Komplex ringt seit dem Ende der Blockkonfrontation allerdings um seine Fortexistenz und setzt alles in Bewegung, um Amerikas Hegemonie dauerhaft zu machen. Tatsächlich ist die Welt seit diesem Datum nicht, wie man sehnsüchtig erwartet hatte, sicherer und friedlicher, sondern - wie zu Anfang des letzten Jahrhunderts - unsicherer und kriegerischer geworden. Der Islam und Diktatoren wie Saddam Hussein wurden ziemlich rasch an die Stelle der abhanden gekommenen kommunistischen, zur neuen Bedrohung für Amerika und den Westen hochstilisiert. Der Mittlere Osten entwickelte sich fortan zu einer Region, deren Zukunft auf vielfältige Weise mit dem Schicksal der US-Hegemonie verknüpft worden ist.

US-Interesse am Mittleren Osten

Amerikas Interesse an dieser Region ist so alt wie die riesigen Ölfunde, jedoch nicht in erster Linie wegen der eigenen Ölversorgung, wie fälschlicherweise gemeinhin angenommen wird. Die USA waren dank eigener Energieressourcen schon immer in der Lage, von Ölimporten unabhängig zu sein. Sie waren Anfang des letzten Jahrhunderts in dieser Hinsicht Selbstversorger und sie sind gegenwärtig im Begriff, durch die flächendeckende Anwendung der Fracking-Technik erneut Selbstversorger zu werden. Als neue Hegemonialmacht nach dem zweiten Weltkrieg erkannten die Amerikaner jedoch rasch, dass sie rivalisierende Weltmächte von sich abhängig machen können, wenn sie den Mittleren Osten kontrollierten.

Ursprünglich etablierten die USA zusammen mit Saudi-Arabien, ihrem Hauptverbündeten in der Region, ein globales **Ölversorgungsregime**, das dem Westen, China und allen BRICS-Staaten Energiesicherheit gewähren sollte. In diesem Regime sorgte Saudi-Arabien für eine ständige Überproduktion. Dank diesem durch die USA politisch gesteuerten System erfreuten sich sowohl die westlichen Verbündeten wie aber auch die Rivalen der USA, und dies trotz zahlreicher politischen Turbulenzen während der gesamten zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, einer störungsfreien Ölversorgung zu niedrigen Ölpreisen.

Doch seit die neuen ökonomischen Riesen China und Indien Anfang des 21. Jahrhunderts mit ihrem schier unerschöpflichen Energiehunger begannen, ihre Versorgung selbst in die Hand zu nehmen, brach das US-beherrschte Ölregime irreversibel zusammen, die Märkte richteten sich fortan nach den Gesetzen der Preisbildung bei erschöpfbaren Gütern, **Ölpreise stiegen** drastisch an, um sich anschließend an den Marktmechanismen zu orientieren.[8]
Haben die USA mit dem Verlust ihrer Möglichkeit, den Ölpreis zu steuern, einen ihrer hegemonialpolitischen Hebel verloren, so konnten sie gerade dadurch ihre Hegemonialposition auf andere Weise drastisch stärken. Denn hohe Ölpreise vervielfachten, wie oben gezeigt, den Anteil des Ölhandels am Welthandel und bewirkten, dass auch die **Nachfrage nach Dollars** und US-Staatsanleihen massiv **anstieg** und der Dollar als Leitwährung für absehbare Zeit unschlagbar blieb.
Um jedoch die monopolistische Option, die Abwicklung des globalen Ölhandels in Dollar, für weitere Jahrzehnte aufrechtzuerhalten, bedarf es eines Mittleren Ostens, der von den USA durch Regime Changes überall dort, wo dies nötig erscheint, möglichst vollständig kontrolliert wird, um eventuelle Antidollar-Allianzen im Keim ersticken zu können. Das neokonservative Projekt **„Amerikas neues Jahrhundert"** mit der Schaffung eines weitestgehend den USA untergeordneten Greater Middle Easts, zielte allem Anschein nach in diese Richtung.

Aus der Perspektive der Neokonservativen wäre die Zersplitterung von widerstrebenden Machtzentren, ethnische und religiöse Konflikte, Bürgerkriege, Chaos, tiefes Misstrauen im Mittleren Osten der Idealzustand, um nach der bewährten Devise **teile und herrsche** eigene Ziele durchzusetzen. Denn die Ölquellen würden, wie man gegenwärtig im von täglichen Terroranschlägen und Chaos gelähmten Irak beobachten kann, weitersprudeln, da sämtliche Kontrahenten Petrodollars benötigen, um sich Waffen zu besorgen. So wäre keine Macht auf Jahrzehnte in der Lage, überhaupt zu erwägen, den Ölhandel in einer anderen Währung als in Dollar abzuwickeln.
Tatsächlich erleben wir gegenwärtig gewaltige Veränderungen in dieser Richtung. Inzwischen haben **in Afghanistan, im Irak und in Libyen Regime Changes** stattgefunden. In allen diesen Ländern herrschen Zwietracht und Misstrauen, Stammeskonflikte, territoriale Abspaltungen entlang ethnischer Grenzen, gegenseitiger Terror von Sunniten gegen Schiiten und umgekehrt stehen auf der Tagesordnung. Und Al Kaida, das nach offizieller Lesart, der Hauptgrund für Amerikas „Kampf gegen den Terror" darstellen sollte, hat eine noch nie da gewesene Stärke erreicht. Kaum hatte nach dem Sturz von Saddam Hussein Bush junior im Mai 2003 vom Deck des US-Flugzeugträgers Abraham Lincoln verkündet „mission accomplished", verbreiteten die US-Neokons die „frohe" Botschaft, als nächstes sei der Iran dran. Der offene Atomkonflikt mit Iran datiert tatsächlich von Mai desselben Jahres - nur ein Zufall? Die US-Armee setzte sich im Irak jedoch fest, Amerikas Projekt „Greater Middle East" tritt seitdem auf der Stelle. Ihr Ziel haben die US-Neokons jedoch bis heute nicht aufgegeben. Ein Regime Change im **Iran** steht weiter auf ihrer Agenda, die massive Aufrüstung Saudi-Arabiens und anderer arabischen Golfstaaten und das Schüren des Bürgerkrieges in **Syrien**, trägt ihre Handschrift.

Obamas Versuche im Atomkonflikt mit Iran und im Syrienkonflikt gegenzusteuern, bewegen sich auf Messers Schneide, weil die Neokons mit ihrer Mehrheit im Kongress diese Politik des US-Präsidenten überall, wo sie können, zu torpedieren versuchen. Dabei verfolgt genau genommen auch **Obama** das Ziel, einen Regime Change, allerdings im Unterschied zu den Neokonservativen, nicht durch einen Krieg, sondern durch eine Politik des ***„Wandels durch Annäherung"*** herbeizuführen. Durch einen Deal mit der liberal-kapitalistischen Elite der Islamischen Republik, hofft Obama, Iran in die eigene Hegemonialpolitik einzubinden und dadurch die immensen Vorteile des Dollar-Imperialismus für die USA zu erhalten, deren Kosten und Risiken aber drastisch zu reduzieren. Die diplomatischen Anstrengungen zur Beilegung des Syrienkonflikts und des Nuklearkonflikts mit Iran gehen in diese Richtung. Ob jedoch diese Rechnung aufgeht, lässt sich schwer voraussagen. Denn sämtliche potentiellen Verlierer dieser Politik, nämlich
(1) die gegenwärtig im Iran herrschende Allianz des konservativ-islamischen Lagers und des Militärs, ferner
(2) Israels zionistische Elite und
(3) das aus Neokonservativen und militärindustriellem Komplex bestehende Bündnis in den USA,
haben sich auf unterschiedliche Weise schon jetzt gegen Obamas sanfte Politik in Stellung gebracht und lassen gegenwärtig nichts unversucht, um diese Politik zum Scheitern zu bringen.

So oder so dürfte ein **Rückzug der USA** aus dem Mittleren Osten, wie mit Hinweisen auf die sinkende Abhängigkeit von Ölimporten in letzter Zeit häufiger behauptet wird, **ziemlich ausgeschlossen** sein. Obamas Ankündigung einer stärkeren militärischen Hinwendung zum asiatisch-pazifischen Raum bei seiner Regierungser-

klärung nach seiner Wiederwahl ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine vorausschauende Abschreckungsmaßnahme gegen **China**. Denn Chinas Dollarabhängigkeit stellt zweifelsohne eine gravierende Bedrohung für seine Sicherheit dar. Über kurz oder lang hat diese neue Supermacht keine andere Wahl, als das amerikanische Monopol an der Leitwährung aktiv in Frage zu stellen und die rote Linie der USA zu überschreiten.

Die Alternative: Globale Energiewende und Vielfalt von Leitwährungen

So oder so, treffen gegenwärtig alle Stränge des „Dollar-Imperialismus" im Mittleren Osten zusammen.
Der amerikanische militär-industrielle Komplex ist Hauptprofiteur von „Amerikas neuem Jahrhundert". Hier tobt sich gegenwärtig ein nukleares wie konventionelles Wettrüsten aus, das das Wettrüsten der 1970er Jahre mit drei daraus resultierenden Golfkriegen in den Schatten stellt. Während nunmehr mit dem Recycling von Petrodollars gegen Waffen erneut ein gefährlicher Teufelskreis voll im Gange ist und jederzeit einen Flächenbrand in der ganzen Region auslösen könnte, kann der US-Rüstungssektor zuversichtlich bleiben: alle US-Regierungen werden, unabhängig von ihrer politischen Couleur, absehbar ihre Politik der Staatsverschuldung fortsetzen und das Militärbudget weiter finanzieren können. Dank steigender Dollarnachfrage und dem fortgesetzten Gelddruck durch die FED – übrigens auch unter neuer Führung von Janet Yellen - verfügt das US-Bankensystem über derart umfangreiche Geldquellen, die ausreichen, um nicht nur die ökonomisch parasitäre und politisch gefährliche Rüstungsindustrie der USA finanzieren zu können. Dieses Bankensystem ließ auch die US-Bankenkrise hinter sich und erlangte inzwischen jene Macht, um sämtliche guten Ansätze zur Bankenregulierung in den USA und sogar innerhalb der Eurozone erfolgreich zu Fall zu bringen.

Im Grunde ist der „Dollar-Imperialismus" eine höchst instabile Konstruktion mit schwer vorstellbaren Absurditäten.
Zum einen hält diese einen gigantischen Gewaltapparat in den USA am Leben, die nicht die amerikanischen Steuerzahler sondern wir alle und ohne es zu merken mitfinanzieren.
Und zum anderen stützt sich diese Konstruktion auf Chaos, Gewalt und Bürgerkriege in der Welt, insbesondere in den ölreichen Regionen, die deshalb auch jederzeit zusammenbrechen und die Welt in schwerwiegende Krisen stürzen könnte.

Was könnte eigentlich noch absurder sein als die Tatsache, dass wir alle mit unserem Geld einen parasitären Industriesektor mitfinanzieren, dessen Fortbestehen in letzter Instanz davon abhängt, dass ein Weltfrieden auf dem Planeten Erde niemals zustande kommen darf.

Die verhängnisvolle Rolle der NSA

Zudem erzeugt diese Konstruktion eine unerschöpfliche Gier nach umfangreichsten Kontrollen aller Kommunikationsverbindungen, einschließlich des Ausspähens der Spitzen sämtlicher Regierungen, auch jener der befreundeten Staaten. Der NSA-Skandal - dank Edward Snowden enthüllt - dürfte angesichts des in diesem Beitrag skizzierten Dollar-Imperialismus in einem neuen Licht erscheinen. Wäre es zu weit hergeholt, die Legitimation eines Sicherheitsapparats, der sogar die Staatsorgane von befreundeten Staaten, wie jene Deutschlands, ausspioniert, im Kontext von ausschließlich nationalen Interessen der USA zu sehen?

Die NSA wurde jedenfalls 1952 und damit zu einem Zeitpunkt gegründet, als von Al Kaida und Nine Eleven weit und breit noch keine Rede war, von den Vorteilen einer aufstrebenden Hegemonialmacht mit diversen ökonomischen Privilegien aber schon. Heute geht es wohl u. a. um nichts weniger als um das klare Interesse der einflussreichsten Allianz aus dem militärisch-industriellen Komplex und dem Finanzsektor in den USA, die um der eigenen Existenz willen darauf angewiesen ist, sämtliche Schritte und Bewegungen in der Welt, die den gegenwärtigen Status der US-Währung gefährden könnten, rechtzeitig zu erkennen und mit allen Mitteln im Keim zu ersticken. Trotz weltweiter Empörung hat Obama – offensichtlich aus Rücksicht auf seine politischen Widersacher - bei seiner Rede am 17.01.2014 unterstrichen, dass die USA weiterhin „Informationen über die Absichten fremder Regierungen" sammeln werden. Ungeachtet dessen stellt die NSA, wie es sich herausgestellt hat, auch noch die größte Gefahr für die Demokratie in Amerika und dem Westen insgesamt dar, und zwar in einer Weise, wie sich Dwight Eisenhower, als er vor dem militär-industriellen Komplex bei seiner Abschiedsrede gewarnt hatte, dies nicht vorstellen konnte.

Wäre es daher nicht angebracht, dass sich die Weltgemeinschaft noch rechtzeitig gegen diese höchst gefährliche Entwicklung wehrt?
Als langfristige Lösung bietet sich die globale Energiewende an, die auch deshalb zügig vorangetrieben werden müsste. **Kurzfristig** müsste aber die Demokratisierung der Weltwirtschaft durch die **Abschaffung des Monopols der USA am Weltgeld**, auf der weltpolitischen Agenda stehen. Was wäre natürlicher als die Etablierung einer den tatsächlichen ökonomischen Kräfteverhältnissen Rechnung tragenden Vielfalt von Leitwährungen, neben Dollar also auch Euro und Renminbi.

Eine solche Alternative würde auch den **langfristigen Interessen der Amerikaner** dienen, trüge sie doch dazu bei, dass die USA im Ergebnis die parasitären Teile ihrer Ökonomie abstoßen. Im Interesse einer stabileren, friedlicheren und demokratischeren Welt ist sie auf jeden Fall unausweichlich.
Andererseits zeigen Obamas eigene bitteren Erfahrungen, von nahezu allen seinen guten Reformansätzen abrücken zu müssen, dass die USA allein und aus eigenen Kräften zur Zurückdrängung parasitärer Interessen der heimtückischen Allianz von Finanz und Militär kaum in der Lage sind.
Eine durch EU und China voranzutreibende Leitwährungsvielfalt könnte jedoch den USA helfen, den bisherigen Pfad der Wohlstandsvermehrung durch imperialistische Methoden zu verlassen; die eigenen Leistungen und Produktivitäten sind ohnehin unermesslich.

Noten

[1] Zu den Zahlen vgl. Fiscal Year 2014, Historical Tables. Budget of the U.S. Government, Washington DC, S. 143f.
[2] Leider übersehen Ökonomen und Wirtschaftsjournalisten die Sonderrolle der nach außen gerichteten US-Notenbankpolitik und führen, trotz der gravierenden Folgen für den Rest der Welt, die expansionistische Dollarvermehrung analog zur Geldpolitik der übrigen kapitalistischen Staaten ausschließlich auf interne Bedürfnisse der USA zurück. „Die US-Notenbank Fed", um ein aktuelles Beispiel zu nennen, die nach einer Analyse der Frankfurter Rundschau von 30. Januar 2014 in den letzten Jahren "mehr als 3000 Milliarden Dollar in die Welt gepumpt hat" ..."richtet ihre Politik nach den Bedürfnissen der USA aus, um dort die Konjunktur und die Preisstabilität zu fördern."
[3] Zitiert nach David Graeber: Schulden, Stuttgart 2012, S.384f.
[4] Fiscal Year 2014. Historical Tables a.a. O. S.50ff.
[5] Ebenda,S.383
[6] Ebenda, S. 386
[7] http://web.archive.org/web/20070810113753/www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm
[8] Ausführlicher Mohssen Massarrat: Rätsel Ölpreis, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2088

Artikel in Tlaxcala veröffentlicht: http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=12144
Weitere Artikel von Mohssen Massarrat: http://mohssenmassarrat.weebly.com/new.html

Stefan Rinke
Hundert Jahre Erster Weltkrieg - Der globale Süden zwischen den Fronten

Millionen Soldaten aus den Kolonien nahmen an den Kämpfen des Ersten Weltkriegs teil und zahlreiche Kriegsschauplätze lagen außerhalb Europas. Doch selbst nach hundert Jahren ist die Erinnerung an diesen Krieg fast ausschließlich eine europäische. Dabei hatte der Krieg von 1914 bis 1918 Auswirkungen im gesamten globalen Süden und zu einer Neuausrichtung der Welt beigetragen. (Südlink 168 - Juni 2014)

Was ist ein Weltkrieg? Die Europäer, die im August 1914 wie von der Leine gelassen aufeinander losgingen, benutzten diesen Begriff schon vor Kriegsbeginn in der festen Überzeugung ihrer eigenen Bedeutung als Zentrum der Welt. Ein Krieg unter den europäischen Großmächten konnte im Zeitalter des Imperialismus nur ein Weltkrieg sein, schließlich hatte man auch Kolonien in der ganzen Welt, und die wurden selbstverständlich mit in den Konflikt hineingezogen. Welt bedeutete also das Europa der Großen nebst kolonialen außereuropäischen Anhängseln.

Diese **eurozentrische Sichtweis**e hat sich in der Geschichtsschreibung und im Geschichtsbewusstsein in den letzten hundert Jahren nur langsam geändert. Für die Regierungen, die sich auf das Gedenken generalstabsmäßig vorbereiten – zumal in England und Frankreich, wo der „Große Krieg“ immer noch eine wesentlich größere Rolle für das historische Selbstverständnis spielt als in Deutschland – , handelt es sich nach wie vor um eine rein europäische Angelegenheit. Die Globalität dieses Kriegs und die Verflechtung mit dem sogenannten „Süden“ der Welt bleiben ausgeblendet.

Natürlich gibt es seit einigen Jahrzehnten die Arbeiten von HistorikerInnen aus Asien, Afrika, Australien und auch Osteuropa, die sich mit dem Beitrag der eigenen Region zum Krieg beschäftigen. Sie haben besonders auf die teils **horrenden Menschenverluste an Soldaten aus den Kolonien** hingewiesen, die auf europäischen Schlachtfeldern geopfert wurden oder hinter den Fronten niedrigste Dienste verrichten mussten. Wir wissen heute, dass die außer- und osteuropäischen Kriegsschauplätze enorme Verluste gerade auch unter der Zivilbevölkerung gefordert haben. Besonders deutlich wird dies in **Kleinasien**, wo die sogenannten „ethnischen Säuberungen“ in den Völkermord an den ArmenierInnen mündeten.

Die vielzitierte „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ war also keineswegs auf Europa begrenzt. **Oliver Janz** hat diese Dimension in seinem Buch *„14: Der große Krieg“* (Frankfurt 2013) sehr schön zusammengefasst und gezeigt, dass **viele Fronten außerhalb Europas lagen.** Gekämpft wurde vor allem dort, wo das Deutsche Reich Kolonien hatte. In großen Teilen Afrikas, anders als im Zweiten Weltkrieg sogar südlich der Sahara, im pazifischen Raum von Tahiti bis hin zur chilenischen Küste, im Fernen Osten, in Sibirien und im riesigen Osmanischen Reich fanden die Kämpfe statt. Wenngleich vielerorts mit geringerer Intensität als in Europa.

Briten und Franzosen rekrutierten im Lauf des Kriegs **große Mengen an Soldaten aus ihren Kolonien,** oftmals unter Anwendung von Zwang. Die britischen Dominions Kanada, Australien und Neuseeland waren daran in starkem Maß beteiligt. Doch auch aus anderen Teilen des Empire kamen die Soldaten, mehr als eine Million allein aus Indien. Frankreich rief rund eine halbe Million Mann aus seinem Kolonialreich in Afrika und Asien zu den Waffen, was in Deutschland rassistische und antikolonialistische Affekte hervorrief. Aus China holte man darüber hinaus rund 36.000 Arbeiter, sogenannte „Kulis“.

Die Neuausrichtung der Welt

Allerdings fand der Krieg noch auf anderen Ebenen im globalen Rahmen statt, sodass die Bezeichnung „Erster Weltkrieg“ gerechtfertigt ist. Es handelte sich auch deshalb um einen wirklich globalen Krieg, weil er das **weltweite Finanz- und Wirtschaftssystem** ebenso **erschütterte** wie die kulturellen Wertvorstellungen, die der Weltherrschaft der Europäer zugrunde lagen.
London war im 19. Jahrhundert zum Mittelpunkt des globalen Finanzsystems aufgestiegen. Durch den Kriegseintritt Großbritanniens kamen die internationalen Finanzbeziehungen ins Wanken. Um den sündhaft teuren Krieg zu finanzieren, brauchten aber alle Geld, viel Geld. Dieses musste nun aus den **USA** kommen, die sich vom Nettoschuldner zum Nettogläubiger entwickelten. Hatten die Schuldnerländer beispielsweise Lateinamerikas bis 1914 ihre Kredite in London aufgenommen, so mussten sie sich nun an die Wall Street wenden. Die schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmend globalisierte Wirtschaft richtete sich auf die Vereinigten Staaten aus, ein Trend, der bis zum heutigen Tag anhalten sollte.
Damit stellten sich auch die Weichen im internationalen Handelsverkehr neu. Ohnehin war der durch die Seeblockade der Entente und den U-Boot-Krieg der Mittelmächte schwer mitgenommen. Der freie Handel kam zum Erliegen. Auch die neutralen Länder, die hauptsächlich im globalen Süden zu finden waren, waren davon betroffen. Um deren nationale Souveränität und um bestehende Verträge und völkerrechtliche Vereinbarungen scherten sich die kriegführenden Weltmächte nicht. Das globalisierte System ging nicht völlig unter. Es wurde nur komplett neu ausgerichtet, und zwar auf die Bedürfnisse der kriegsführenden Ententemächte hin.

Glücklich die Länder des Südens, die **kriegswichtige Rohstoffe** im Angebot hatten wie Kupfer oder Kautschuk. Der **Salpeter** aus Chile etwa war notwendig zur Herstellung des Schießpulvers. Ohne ihn hätten die Alliierten den Krieg kaum länger als bis 1915 führen können. Ins Deutsche Reich, vor Kriegsausbruch der Hauptabnehmer, gelangte kein Salpeter mehr, doch schuf dort die Haber-Bosch-Synthese Abhilfe, ohne die keine Munitionsproduktion mehr möglich gewesen wäre.
Im Laufe des Kriegs gewannen die **Lebensmittelimporte** aus Übersee je mehr an Bedeutung, desto mehr Erzeuger an den Fronten ihr Leben lassen mussten. Die Tatsache, dass die Alliierten diese globalen Ressourcen ungehindert abrufen konnten und die Mittelmächte nicht, war eine wesentliche Grundlage für den Ausgang des Kriegs.

Der Anfang vom Ende des Kolonialsystems

Der Krieg war darüber hinaus von Beginn an ein „**Kulturkrieg**“ beziehungsweise stilisierten die Kriegsparteien ihn dazu hoch. Die Propaganda gewann im Ersten Weltkrieg eine neue Dimension und sie richtete sich nicht nur nach innen, sondern auch nach außen an die Neutralen. Europäer unterstellten sich nun gegenseitig den Zivilisationsbruch und beschuldigten sich der Barbarei, was angesichts der Vorgänge

auf den Schlachtfeldern nicht weit hergeholt war. In Afrika, Asien und Lateinamerika wirkte diese Propaganda teils kontraproduktiv, erschütterte sie doch den Mythos von der naturgegebenen europäischen Überlegenheit massiv.

Die bereits vor dem Krieg vorhandenen **antiimperialistischen und antikolonialen Strömungen** verstärkten sich während der Kriegsjahre vielerorts erheblich. Das lag nicht nur an der Wirkung der Propaganda, sondern auch an den realen Auswirkungen des Kriegs auf die Arbeiterschaft in Stadt und Land. Insbesondere in vielen Städten des Südens lösten die Kampfhandlungen in Europa eine Notlage aus. Arbeitslosigkeit, eine galoppierende Inflation und die gleichzeitige Explosion der Verbraucherpreise stürzten viele Menschen in existenzielle Not. Auch das war eine gern übersehene Konsequenz des Kriegs.

Die Folge waren zunehmende soziale Spannungen. Dies stand auch unter dem Eindruck der Versprechungen und Hoffnungen, die sich mit der Teilnahme am Ersten Weltkrieg gerade in den Kolonien verbanden. Die Opfer, die man in einem unsinnigen Krieg brachte, erhielten nur selten die verdiente Anerkennung. Die Protestbereitschaft der städtischen Arbeiterschaft wuchs unter dem Eindruck der Russischen Revolution 1917 stark an. Vielerorts kam es zu Aufständen, die sich zwar in der Regel noch nicht gegen die Kolonialherrschaft als solche richteten, sondern nur bessere Lebensbedingungen einforderten. Allerdings war der Schritt zur Radikalisierung der Forderungen nicht groß.

Die von Lenin und Woodrow Wilson vertretene Idee vom **Selbstbestimmungsrecht der Völker**, die durch die Gründung des Völkerbunds eine institutionalisierte Grundlage erhielt, blieb trotz der vollmundigen Ankündigungen des US-Präsidenten eine Utopie. Allerdings entfaltete das damit verbundene uneingelöste Versprechen eine Sprengkraft, die in den folgenden Jahrzehnten den Anstoß zu antiimperialistischen und antikolonialistischen Bewegungen überall im Süden der Welt geben sollte. So war der Erste Weltkrieg einschneidend für das Leben von zahllosen Menschen auch im globalen Süden. Das haben wir bisher zu wenig wahrgenommen. Es wird Zeit, dass sich eine Globalgeschichte, die den Anspruch stellt innovativ zu sein, dieser Herausforderung annimmt.

http://www.inkota.de/material/suedlink-inkota-brief/168-hundert-jahre-erster-weltkrieg/stefan-rinke/

100 Jahre Erster Weltkrieg: Mehrere Beiträge in SiG 108
http://sandimgetriebe.attac.at/sig108.html

"More peace action are needed – mehr Friedensaktionen sind notwendig":

Bericht über das **Internationale Peace Event Sarajevo 2014, 6.-9. Juni 2014**
http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung1/sarajewo3.html
http://www.opendemocracy.net/5050/heidi-meinzolt/sarajevo-peace-event-addressing-root-causes-of-war-0

Reiner Braun, Tobias Pflüger: Thesen zu strategischen Überlegungen – Wie weiter nach dem Peace Event Sarajevo 2014?
http://www.imi-online.de/2014/06/30/thesen-zu-strategischen-ueberlegungen-wie-weiter-nach-dem-peace-event-sarajevo-2014/

IPPNW: Bundesregierung mu ss Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen

Pressemitteilung vom 20.6.2014

Hunderttausende Menschen auf der Flucht

Laut UNO hat die Gewalt der ISIS-Miliz im Irak Hunderttausende zur Flucht gezwungen. Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW fordert die Bundesregierung am Weltflüchtlingstag auf, großzügig irakische Flüchtlinge aufzunehmen. Deutschland ist jetzt gefragt, den hilfesuchenden Menschen aus Syrien und dem Irak schnell und unbürokratisch zu helfen.
Die Kämpfe im Irak sind Ausdruck des Scheiterns militärischer Machtpolitik, die auf Konfrontation setzt, nicht aber auf Kooperation zur Lösung gesellschaftlicher Spannungen. Es ist ein Kampf um regionale Vormachtstellung und Folge der Ungleichbehandlung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Irak. Die religiösen Positionen dienen mehr der Legitimation des Kampfes und der Motivation der Kämpfenden, als dass sie die Ursache wären. Die IPPNW lehnt mögliche US-Luftangriffe gegen ISIS ab und fordert die Bundesregierung auf, Militäreinsätzen jegliche Unterstützung zu versagen statt wie im Irakkrieg 2003 logistische Hilfe zu leisten. Auch für die Lösung der derzeitigen Irakkrise kann es nur einen politischen Weg geben.
"Die USA haben den Irak mit erlogenen Begründungen überfallen und dann die innere Opposition gewaltsam bekämpft. Die schiitische Maliki-Regierung in Bagdad hat die sunnitische Bevölkerung ausgegrenzt statt sie zu integrieren. Der Stellvertreter-Krieg gegen Assad in Syrien dient nicht der Durchsetzung von Demokratie und Freiheit, sondern ist der Versuch, Syrien aus der schiitischen Kette vom Iran bis zur Hisbollah im Libanon herauszubrechen", erklärt IPPNW-Beiratsmitglied Prof. Andreas Buro.
Unübersehbar ist, dass die militärische Gewalt im Irak nicht zum Frieden geführt hat, sondern zu immer mehr Terror von allen Seiten. Der angebliche "Krieg gegen den Terror" hat den Terror gegen die Menschen nur vergrößert. Die IPPNW fordert dagegen, humanitäre Hilfe zu leisten, wo immer es von Deutschland aus möglich ist. Die deutsche Bundesregierung muss alle Waffenexporte in die Region stoppen, insbesondere an Gruppierungen, die ihrerseits wieder kämpfende Staaten bewaffnen. Deutschland solle stattdessen Hilfestellung für Dialoge zwischen den Kontrahenten leisten, damit schließlich eine zivile Bearbeitung der Konflikte zustande kommt.
www.ippnw.de

Zum Irak: http://www.ag-**friedensforschung.de**/regionen/Irak1/Welcome.html

Todenhöfer: "Die Terrororganisation ISIS spielt nur scheinbar die alles überragende Rolle."
http://www.ksta.de/politik/-terrororganisation-isis--nur-scheinbar-die-groesste-rolle-,15187246,27499174.html

Noam Chomsky: Driving forces in US policy, Video-Aufzeichnung des Vortrags und der Diskussion (jeweils ca. 1h) http://www.youtube.com/watch?v=K_Z9bsIsANw&list=UUt2TPRa7dYWOS1isCzbABVg
http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/organisatorisches/regionalelokale-guk-arbeitkreise/karlsruhe/hinweise/2014/#c74859
Konstantin Wecker: Wozu sind Kriege da? http://hinter-den-schlagzeilen.de/2014/05/23/wozu-sind-kriege-da-12/#more-16325
Die Parteistiftungen der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen haben die deutsche Elitenkampagne **für eine aggressivere deutsche Weltpolitik** fortgeführt, http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58903 (Juli 2014)

4. Oktober: Globaler Aktionstag gegen Drohnen

Elsa Rassbach
„Global Day of Action“
gegen Krieg und Überwachung
durch Drohnen, 4. Oktober 2014

In Großbritannien wird für den 4.Oktober eine nationale Aktion organisiert - wahrscheinlich entweder in London oder beim US-Stutzpunkt Croughton. In Großbritannien gibt es danach v**om 05. bis zum 11. Oktober dann eine Aktionswoche zu Drohnen** mit dezentrale Aktionen im ganzen Land.
Vom **30. August bis zum 05. September** sind die **Proteste** und Veranstaltungen zum **NATO-Gipfel** in Newport und Cardiff, **Wales**, und Drohnen werden ein Haupt-Thema sein. Ein Flughafen in Wales ist im Zentrum der Drohnen-Entwicklung in Großbritanien:
http://www.theguardian.com/world/2013/may/06/welsh-airfield-drones
und https://www.youtube.com/watch?v=qFjo63evmGw .
Es gibt schon Proteste dort:
http://www.bbc.com/news/uk-wales-24018746
und http://www.dailypost.co.uk/news/north-wales-news/anti-drone-protesters-invade-gwynedd-airfield-7263589
Hier eine Webseite der lokalen OrganisatorInnen in Newport: http://www.nonatonewport.org .
Medea Benjamin wird an den NATO-Protesten und Veranstaltungen in Wales teilnehmen.
Sie und eine weitere Code Pink Aktivistin, **Nancy Mancias**, sind am 1. September nach Aachen eingeladen worden, um den **Aachener-Friedenspreis** 2014 entgegenzunehmen: .
http://www.aachener-friedenspreis.de

Das zweite **internationale Working Meeting zu Drohnen** wird am Wochenende des 29./31. August im Wales stattfinden; der genaue Termin wird bald bekannt gegeben. (Das erste internationale Working Meeting war in Berlin im Dezember 2013.)

Elsa Rassbach hat die German Drone Campaign mitgegründet, ist Mitglied von Code Pink und von Attac Deutschland (AG Globalisierung und Krieg)

https://drohnen-kampagne.de/
Mehrere Beiträge zu den Drohnen:
http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/themen/drohnenkrieg/

Medea Benjamin „Drohnenkrieg. Tod aus heiterem Himmel“

Franziska Augstein, 11.März 2014 in der Süddeutschen Zeitung: *„(...)* ***Signature Strikes****: Irgendwelche Männer werden von Kampfdrohnen abgeschossen, nicht weil sie bekannte Terroristen wären, sondern weil ihr Auftreten festgesetzten Kriterien entspricht: "Jeder Mann im wehrfähigen Alter, der in einem Gebiet lebt, in dem die USA Drohnen einsetzen, wird automatisch als Kämpfer definiert", sofern - wie die New York Times 2012 sarkastisch feststellte - "keine ausdrückliche Meldung vorliegt, die posthum beweist, dass die Betreffenden unschuldig sind". "Signature Strikes" produzieren in der amtlichen Statistik wenige zivile Tote, weil Männer, die auf den von den Drohnen übermittelten Bildern Waffen tragen, sowieso als Terroristen gelten. Der Umstand, dass es in Ländern wie Pakistan und Afghanistan durchaus zum maskulinen Kodex gehört, bewaffnet herumzulaufen, spielt in Washington keine Rolle.*
(...) Zu den Leuten, die Amerika vor seiner hegemonialen Selbstgerechtigkeit schützen wollen, gehört die Friedensaktivistin Medea Benjamin. Sie hat zehn Jahre lang für die Weltgesundheitsorganisation und die UN in Lateinamerika gearbeitet. Angesichts der überzogenen Antiterror-Maßnahmen nach den Attentaten vom 11. September 2001 gründete sie 2002 zusammen mit anderen Frauen die Friedensorganisation ***Code Pink****. Ihr sorgfältig annotiertes Buch über den "Drohnenkrieg" der USA wurde ins Deutsche übersetzt.*
(...) Drohnen machen Angst, auch wenn sie meistens lediglich zur Überwachung eingesetzt werden - dann aber doch gelegentlich zuschlagen und dabei oftmals die Falschen treffen. (...). Kürzlich waren in der französischen Tageszeitung Le Monde die Worte eines jemenitischen Lehrers zu lesen: Wenn seine Schüler morgens kämen, stehe ihnen "die Angst in den Augen; sie fürchten sich davor, dass vielleicht ihre Schule eines Tages angegriffen werden könne". Früher, sagte der Lehrer, seien die Kinder "frei" gewesen, sie seien von morgens bis abends draußen gewesen. Heute würden sie schon vor Sonnenuntergang nach Hause gehen.
(...) Marcel Dickow rechnet damit, dass die Bundesregierung Kampfdrohnen erwerben will, dieses aber still und heimlich tun wird. Soll heißen: Man wartet ab, bis man die Entscheidung im Schatten einer anderen großen Debatte quasi unbemerkt durchbringen kann.

Medea Benjamin, Drohnenkrieg. .
Tod aus heiterem Himmel
Morden per Fernbedienung
2013 Laika Verlag, ISBN: 978-3-944233-05-5

„Atomwaffen – ein Bombengeschäft”: Aktionswoche ab dem 27. September

Die Mitträgerorganisationen der Kampagne fordern alle deutschen Finanzinstitute auf, die Investition in Herstellerfirmen von Atomwaffenkomponenten oder –Trägersystemen zu unterlassen bzw. zu beenden.

ATOMWAFFEN
EIN BOMBENGESCHÄFT

Die Kampagne thematisiert **Investitionen von deutschen Finanzinstituten** in Produzenten von Atomwaffen und deren Trägersysteme, sowie Kreditvergaben an diese Firmen. Das Geschäft mit der Massenvernichtung wird weltweit jährlich in der **Studie „Don’t Bank on the Bomb“** (Hrsg. PAX & ICAN) über die Investitionen in Atomwaffen beschrieben.
http://www.dontbankonthebomb.com/
Die Studie nennt insgesamt 298 Finanzdienstleister aus 30 Ländern, die in Unternehmen investieren, die Atomsprengköpfe sowie Atomwaffen-Trägersysteme entwickeln, produzieren oder warten. Dazu gehören u.a. Raketen, Bomber und U-Boote. Weltweit investieren Finanzinstitute in einer Größenordnung von 235 Mrd. Euro ($314 Mrd.) in 27 Hersteller dieser nuklearen Massenvernichtungstechnik.

Acht deutsche Finanzinstitute sind mit insgesamt knapp 7,6 Mrd. in die Finanzierung von Atomwaffenherstellern verstrickt. Platz 2 nach der **Deutschen Bank** mit 3,6 Milliarden Euro belegt die **Commerzbank**, die über Beziehungen zu neun Atomwaffenherstellern im Umfang von ca. 1,8 Milliarden Euro verfügt. Der **Allianz**-Versicherungskonzern, auf Platz 3, verwaltet selbst bzw. treuhänderisch Vermögenswerte an 12 Atomwaffenherstellern im Umfang von 1,1 Mrd. Euro.
Am **26. September (Internationaler Tag für die nukleare Abrüstung)** wird die dritte Auflage der internationale Studie „Don’t Bank on the Bomb“ in Frankfurt/Main vor-gestellt, gleichzeitig mit dem Deutschen **Report zu „Atomwaffen – Ein Bombengeschäft“.**

Höhepunkt der Kampagne wird eine **Aktionswoche ab dem 27. September** sein, bei der bundesweit Mitglieder in die oder vor den Commerzbank-Filialen gehen und die Forderung nach Desinvestition Ausdruck verleihen.

http://atombombengeschaeft.de/
Attac Deutschland unterstützt die im Mai gestartete Kampagne

Daniela Dahn, Uwe Hiksch, Ute Hinkeldein, Dieter Hooge, Klaus Pickshaus, Wiltrud Rösch-Metzler, Horst Schmitthenner, Laura von Wimmersperg u. v. m.

Aus Sorge um den Frieden

18.05.2014
Aus Sorge um den Frieden und mit Blick auf die anhaltend kritische Lage in der und um die Ukraine wenden wir uns an Bundesregierung, Parlament und Öffentlichkeit mit der dringenden Bitte: **Lassen Sie nicht zu, dass der Kampf um die Ukraine zu einem Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen und Russland eskaliert!**

Hundert Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges befindet sich die Welt in einer selbstverschuldeten gefährlichen Lage, in der sogar mit der Möglichkeit eines erneuten globalen Krieges gespielt wird. Es ist höchste Zeit, dass alle Menschen, die guten Willens und am Frieden interessiert sind, dem verantwortungslosen **Kampf um Einflusssphären, Gaspipelines und geostrategische Positionen** Einhalt gebieten. Wirtschaftssanktionen und andere Strafmaßnahmen der USA, der EU und Deutschlands gegenüber Russland sind ein untaugliches Mittel zur Deeskalation, zumal der Westen selbst nicht in der Lage oder Willens ist, seine Verbündeten in der Kiewer Übergangsregierung zur Einhaltung der ausgehandelten Verträge, zuletzt der Genfer Vereinbarung, zu bewegen. Sanktionen versperren den Weg zu Gesprächen und Kompromissen und wirken somit krisenverschärfend.

In der **Pariser Grundakte über Gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen NATO und Russland vom Mai 1997** haben sich beide Seiten verpflichtet, gemeinsam im euro-atlantischen Raum einen dauerhaften und umfassenden Frieden zu schaffen. Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen, heißt es dort. Beide Seiten strebten ein Europa ohne Trennlinien oder Einflusssphären an, die die Souveränität irgendeines Staates einschränken. Ungelöste Gebietsstreitigkeiten, die eine Bedrohung für unser aller Frieden, Wohlstand und Stabilität darstellen, sowie andere Meinungsverschiedenheiten sollten auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts im Rahmen politischer Konsultationen beigelegt werden.

Zwei Jahre später öffnete die NATO mit ihrem ohne UN-Mandat und gegen den russischen Willen geführten **Krieg gegen Serbien** die Büchse der Pandora. Auch die vom Westen geführten **Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen** haben - bei katastrophalen Opfern unter der einheimischen Zivilbevölkerung - ihre selbstgesteckten Ziele gründlich verfehlt. Kriege lösen keine Probleme - ein weiterer Beweis dafür ist mehr als entbehrlich.
Die hemmungslose **Osterweiterung der NATO,** die seit Jahren über ihre Grenzen hinausgreift und zur Ukraine enge Beziehungen aufbaut, ist nicht von dem Russland zugesagten Respekt getragen. In der Pariser Grundakte wurde noch lobend hervorgehoben, dass Russland tiefe Einschnitte in seine Streitkräfte vorgenommen und in beispielloser Weise Truppen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den baltischen Staaten abgezogen habe. Aber das tat Russland doch nicht, damit die NATO nun ihrerseits sich in diesen Ländern festsetzt und ihre Grenzen bis unmittelbar an die Russische Föderation ausdehnt!

Wie der Website von Jazenjuks Stiftung Open Ukraine zu entnehmen ist, haben das **US-Außenministerium und die Nato seit Jahren Aktivitäten finanziert**, die der ökonomischen und militärischen Annäherung an den Westen dienten. Vor diesem Hintergrund sind die Vorgänge um die Krim mit Vorwürfen wie den Begriffen Annexion oder Invasion an die Adresse Moskaus nicht hinreichend beschrieben. Statt die Ukraine in unlösbare Alternativen zwischen Eurasischer Union und Europäischer Union zu treiben und sich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zu überbieten, sollten beide Seiten und alle um den Frieden Besorgten neu darüber nachdenken, wie in der heutigen Staatenwelt vermehrt auftretende Spannungsverhältnisse zwischen der territorialen Unverletzlichkeit von Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht von Bevölkerungen und Minderheiten friedlich zu lösen sind.

Hören wir auf, ständig an der Ukraine herumzuzerren! Niemand ist berechtigt, sein Gesellschaftsmodell anderen Staaten zu oktroyieren. Es kann nicht hingenommen werden, dass sich eine Politik zugunsten von reichen Minderheiten auf Kosten einer dramatischen sozialen Spaltung der Weltbevölkerung ausweitet. Es wäre ein Verbrechen, dafür den Weltfrieden zu gefährden. Wehren wir uns, bevor es erneut zu spät ist!

Von der Bundesregierung verlangen wir, dass sie eine Politik zum **Abbau der aufgebauten Spannungen** und zur Deeskalation der militärischen Konfrontation betreibt. Wir setzen auf gemeinsame Sicherheit: In den internationalen Beziehungen, insbesondere in den historisch so belasteten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten des gemeinsamen Hauses Europa Berücksichtigung finden.

Wir fordern von Politik und **Medien**, die Nato-Staaten und Russland daran zu messen, wie sie die von beiden Seiten unterzeichnete Pariser Grundakte einhalten. Die Verantwortung der Medien liegt in sachgerechter Berichterstattung und rhetorischer Abrüstung. **Der Rückfall in alte Feindbilder schürt den überwunden geglaubten Kalten Krieg.**

Wir fordern den Stopp von ökonomischen "Strafmaßnahmen", die letztlich auf Kosten der Lebensbedingungen der Völker gehen und nicht nur in der Ukraine Rechtsextremen in die Hände arbeiten.

Wir fordern alle diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Konflikte in der Ukraine zu lösen. Die baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der Konfliktparteien könnte deeskalierend wirken und Vertrauen schaffen. **Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation**

http://www.kontext-tv.de/node/421

Aus der Liste der Erstunterzeichnenden:
Rolf Becker (Schauspieler), Prof. Dr. Andreas Buro (Friedensforscher), Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Sozialwissenschaftler), Murat Çakir (Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen), Daniela Dahn (Schriftstellerin), Prof. Reiner Diederich (Vorstand der Kunstgesellschaft Frankfurt a.M.), Wiebke Diehl (Islamwissenschaftlerin), Hartmut Drewes (Pastor i.R.), Kai Ehlers (Journalist), Prof. Dr. Andreas Fisahn (Rechtswissenschaftler), Georg Fülberth (Politikwissenschaftler), Dr. Rolf Gössner (Vizepräsident der Int. Liga für Menschenrechte), Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein (Ehrenvorstandsmitglied der IPPNW), Joachim Guilliard (IT-Berater), Angela Hampel (Malerin), Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag), Uwe Hiksch (Stellv. Landesvorsitzender der Naturfreunde Berlin), Ute Hinkeldein (Thüringer Friedenskoordination), Dieter Hooge (ehem. DGB-Vorsitzender Hessen), Jutta Kausch (Schauspielerin), Christine Kühnl-Sager (stellv. Vorsitzende des Aktiven Museums Berlin), Wolfgang Neskovic (Bundesrichter a.D.), Prof. Dr. Norman Paech (Völkerrechtler), Klaus Pickshaus (Gewerkschaftssekretär), Clemens Ronnefeldt (Friedensreferent des Versöhnungsbunds), Wiltrud Rösch-Metzler (Bundesvorsitzende von pax christi), Prof. Dr. Werner Ruf (Politikwissenschaftler), Dr. Werner Rügemer (Publizist), Monty Schädel (Bundesgeschäftsführer der DFG-VK), Horst Schmitthenner (Gewerkschafter), Michael Schneider (Schriftsteller), Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling (Sozialwissenschaftlerin), Prof. Dr. Hans See (BCC-Business Crime Control), Clemens Selzer (Gewerkschafter), Martin Singe (Theologe), Prof. Dr. Gerd Sommer (Psychologe), Dr. Urte Sperling (Sozialwissenschaftlerin), Eckart Spoo (Journalist), Benno Stahn (Sprecher des Kieler Friedensforums), Mani Stenner (Netzwerk Friedenskooperative), Dr. theol. Hans Christoph Stoodt (Anti-Nazi-Koordination), Dr. Peter Strutynski (Friedensforscher, Bundesausschuss Friedensratschlag), Brigitte Strutzyk (Schriftstellerin), Horst Trapp (Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.), Peter Vonnahme (Richter i.R.), Jutta Wachowiak (Schauspielerin), Jürgen Wagner (IMI e.V.), Christa Weber (Autorin und Schauspielerin), Konstantin Wecker (Liedermacher), Laura von Wimmersperg (Moderatorin der Berliner Friedenskoordination)

Ukraine
Aufruf gegen Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung

Alle Europäer, die Frieden wünschen, haben Grund zur Sorge und zum Protest:

Der Konflikt um die Ukraine ist das Resultat der EU- und der NATO-Erweiterung. Die EU hat mit der Durchsetzung des Assoziierungsabkommens – und hier besonders der wirtschaftlichen und militärischen Elemente – wesentlich zur Entstehung des Konflikts um die Ukraine beigetragen. Offenkundig versuchen die USA und die EU, mit ihrer einseitigen Unterstützung der antirussischen und faschistischen Kräfte in der Ukraine, Russland militärisch einzukreisen. Die Stationierung von NATO-Truppen an der russischen Grenze eskaliert die Situation weiter.

Es geht der **Appell** an alle Konfliktseiten (die Kiewer „Regierung", Akteure vor Ort, die NATO, Russland, die EU) keine militärischen Mittel einzusetzen. **Sämtliche Militäraktionen müssen sofort gestoppt werden**. Nun droht der Ukraine-Konflikt zu eskalieren.

Wir lehnen eine Politik entschieden ab, die eine friedliche Kooperation zwischen EU und Russland torpedieren und stattdessen eine Konfrontation in Europa heraufbeschwören will. Eine solche Politik schadet Europa als Ganzem und könnte in einen neuen - Dritten - Weltkrieg einmünden. Wir warnen Bundeskanzlerin Merkel und andere führende Politiker der EU, diese Politik mit zu tragen.

Viele Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender– auf allen Seiten – heizen in dieser Situation den Ukrainekonflikt zusätzlich auf. Sie schieben die Schuld an dem Konflikt und am gewaltsamen Tod vieler Ukrainer dem russischen Präsidenten Wladimir Putin – ihm allein –in die Schuhe. Wichtige Einzelheiten, zum Beispiel über die Brandstiftung im Gewerkschaftshaus in Odessa, wo über 40 Menschen bei lebendigem Leibe verbrannten oder erstickten, werden meist unterschlagen oder verharmlost. Umso mehr Dank und Ermutigung gilt denjenigen Journalistinnen und Journalisten, die gründlich recherchieren, sich an die Tatsachen halten und sich jeder Instrumentalisierung widersetzen. Wie fordern die Medien vor allem auf, alle Konfliktparteien zu Wort kommen zu lassen, damit Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktlösung gefunden werden können.

Die Menschen in der Ukraine dürfen nicht gegeneinander aufgehetzt und gezwungen werden, einen **Stellvertreterkrieg** für die Europäische Union und Russland zu führen. Viele erfahrene westliche Politiker haben inzwischen eingeräumt, dass das Entweder-Oder-Diktat der EU ein Fehler war. Selbst die Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder, die früher an der NATO-Expansion nach Osten mitgewirkt haben, brechen jetzt ihr Schweigen und warnen davor, die Politik der Eingrenzung Russlands fortzusetzen, Russland mit immer heftigeren Sanktionen zu bedrohen und immer mehr Militär an den Grenzen Russlands zusammenzuziehen. Sanktionen waren in der jüngsten Vergangenheit immer die Vorstufe von Kriegen. Wir lehnen sie daher mit Entschiedenheit ab

Europa und die USA haben auf manchen Feldern unterschiedliche Interessen, der NSA-Skandal hat das offen gelegt. Die **blinde Gefolgschaft** westeuropäischer Regierungen hat bisher jene Kräfte in Amerika gestärkt, die trotz der Gefahr neuer Kriege jetzt auch in der Ukraine verbissen ihre eigenen egoistischen Ziele verfolgen.

Wir appellieren an alle westlichen Regierungen, mit allen Konfliktparteien des Ukraine-Konflikts zu **verhandeln**, am besten unter dem Dach der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (**OSZE**). Andernfalls droht der Konflikt immer weiter zu eskalieren, und es schwindet die Möglichkeit, dass aus der Ukraine eine Brücke der Kooperation zwischen Ost und West wird.

Wir sind empört darüber, dass erneut das **Feindbild Russland** beschworen wird und dass friedenswillige Menschen als „Russland-Versteher" beschimpft werden. Um den Frieden zu erhalten und zu vertiefen, haben beide Seiten keine andere Wahl, als sich gegenseitig zu verstehen.

Wir rufen alle Menschen guten Willens in Deutschland und Europa auf, sich 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs **dem Risiko eines neuen Krieges zu widersetzen**, der nur der Rüstungsindustrie und Hegemonialinteressen dienen könnte. **Wir dürfen die Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung nicht hinnehmen.**

Begründung: Gemeinsam wollen wir für eine friedliche und deeskalierende Außenpolitik eintreten, die alles dafür tut, damit der Konflikt in der Ukraine nicht weiter verschärft wird.

Erstunterzeichner: *Konstantin Wecker, Eckart Spoo, Mohssen Massarrat, Laura von Wimmersperg, Tobias Pflüger*
Im Namen aller Unterzeichner/innen.
Berlin, 25.05.2014
Bitte unterschreiben:
https://www.openpetition.de/petition/online/aufruf-gegen-kriegspropaganda-und-kriegsvorbereitung

Willy Wimmer (CDU)
Ist es wieder soweit, in Europa wie 1914 gegenüber Serbien
mit Ultimaten zu kommen?

„EU: Moskau muss Lage in der Ukraine bis Montag entschärfen" – so ist der Bericht über den Brüsseler Gipfel von Freitag in meiner regionalen Tageszeitung korrekt überschrieben. Willy Wimmer (CDU), früher Parl. Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Referent beim letzten Pleisweiler Gespräch, kommentiert dieses Ultimatum. ***Albrecht Müller, 29. Juni 2014***

Die Schlafwandler werden zu Traumtänzern. Die EU Staats- und Regierungschefs haben aus ihrem Besuch in Ypern aus Anlass des Ausbruchs des ersten Weltkrieges 1914 nichts gelernt. Das Rußland-Ultimatum bedeutet Rambouillet II und wann, bitteschön, erfolgt der Angriff?

Jüngste Untersuchungen einer norddeutschen Stiftung haben deutlich gezeigt, wie gering die Unterstützung der deutschen Bevölkerung für den martialischen Kurs der Bundesregierung, des Bundespräsidenten, der EU und der NATO gegenüber Russland ist. Darauf hat der stellvertretende Vorsitzende der CSU und Münchner Bundestagsabgeordnete, Dr. Peter Gauweiler, in seiner wegweisenden Rede vor den Absolventen der Bundeswehr-Universität in Hamburg hingewiesen (1). Die Entscheidung der Europäischen Union vom 27.6., vorgetragen von den europäischen Auslaufmodellen Barroso und van Rompoy, wird diese Abneigung aus mehr als guten Gründen verschärfen.

Ist es wieder soweit, in Europa wie 1914 gegenüber Serbien mit Ultimaten zu kommen? Russland, so die Europäische Union habe binnen 72 Stunden sich auf substantielle Verhandlungen über den „Friedensplan" des ukrainischen Präsidenten einzulassen. Und wenn nicht, wird dann ab 5.45 Uhr zurückgeschossen? Man hat

den Eindruck, dass die Europäische Kommission und der Europäische Rat in Brüssel, vertreten durch die vorgenannten Herren, völlig durchgeknallt sind und den Kontinent absolut ins Elend stürzen wollen. Man muss nicht Ypern mit seinen bis an den Horizont reichenden Gräberfeldern besuchen, um das Verhängnisvolle dieser Sprache und dieser Haltung herauszufinden. Es ist gerade mal 15 Jahre her, dass man seitens der NATO diesen Weg „erfolgreich" beschritten hat, indem man über die sogenannten „Verhandlungen" im französischen Rambouillet die Bundesrepublik Jugoslawien unter allen Umständen und Bruch der sogenannten „Wiener Übereinkommen" zu internationalen Verhandlungen nötigen wollte, um einem NATO-Diktat über den Durchmarsch durch Jugoslawien zu entsprechen. Damit Belgrad das auch richtig verstehen sollte, hatte die NATO dazu Planungen vorgelegt, die denen von Adolf Hitler gegenüber Jugoslawien aus dem zweiten Weltkrieg bis ins einzelne entsprochen haben. Rambouillet war – und das wissen wir heute zu genau – nur der Vorwand zum Krieg, der wenige Wochen später mit Bomben auf Belgrad folgen sollte. Beim Jugoslawien-Krieg hatte man seitens der NATO noch den schändlichen Umweg über die Toten von Racak eingelegt, die man unbedingt durch den verhängnisvollen amerikanischen OSZE-Repräsentanten William Walker in Pristina den Serben in die Schuhe schieben wollte. **Sind jetzt die angestrebten Wirtschaftssanktionen der Zwischenschritt, bevor es wirklich knallt?** Reicht den USA nicht, was sie in Irak, Syrien und dem gesamten Mittleren und Nahen Osten bereits angerichtet und mit einer gewaltigen Lunte versehen haben? Muss der Krieg gegen Russland her? Nach dem Olympia-Krieg Georgiens gegen Russland muss man den Eindruck haben, dass im Schatten internationaler Sportereignisse losgeschlagen werden soll. Wird jetzt durch das politische Europa die völlige Umkehr des olympischen Geistes betrieben, nachdem während solcher Ereignisse wie derzeit in Brasilien Frieden und friedliche Gesinnung zu herrschen habe?

Und warum Ultimatum an Russland und warum Wirtschaftssanktionen? Warum geht die Bundeskanzlerin nicht hin und macht vor dem „Deutschen Bundestag" ihren „Fall"? Warum – und da gehört es hin – sagt sie nicht den Damen und Herren im Plenum des deutschen Parlamentes und damit der deutschen Öffentlichkeit, wo sie die Gründe sieht, die ein derartiges Verhalten gegenüber einem europäischen Nachbarn rechtfertigt, der uns Deutschen vor 25 Jahren den Weg zur staatlichen Einheit unserer Nation gewährt hat? Was – in Gottes Namen – geht eigentlich in einer Bundeskanzlerin vor, die ihren Eid auf das Wohlergehen des deutschen Volkes abgelegt hat? (…) Wenn es Dinge gibt oder geben sollte, die wegen des russischen Vorgehens an der ukrainisch-russischen Grenze nachfragbedürftig sein sollen, stellt sich nur eine Frage: Warum geht die NATO, warum geht die EU, warum gehen die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister nicht in die dafür vorgesehene OSZE?
Da lobt man sich doch die Briten, die ihren neuen Weg als Außenposten Europas zeitgleich ebenfalls öffentlich gemacht haben. Brüssel trommelt für Wirtschaftssanktionen und damit für eine steigende Kriegsgefahr in Europa, Cameron lässt zeitgleich Verträge zwischen BP und der russischen Rosneft im gigantischen Milliardenbereich unterschreiben.
Natürlich wird das weder London noch die Washingtoner Befehlsgeber daran hindern, das Europa der Europäischen Union weiter ins Verhängnis zu treiben. Nichts anderes ist das heutige EU-Ultimatum an Russland.

Nachtrag Albrecht Müller: *Hier der Hinweis auf eine interessante Dokumentation der ARD von 2001: „Es begann mit einer Lüge", http://www.youtube.com/watch?v=MYcRjHX50og*
Es lohnt sich, wie Rede Willy Wimmers beim Pleisweiler Gespräch vom 21. Juni anzuschauen und anzuhören.
http://www.nachdenkseiten.de/?p=22136
(1) http://www.peter-gauweiler.de/pdf/reden/Rede%2004.06.14.pdf
http://www.nachdenkseiten.de/?p=22190

Andrej Hunko (Die Linke)

EU-Solidaritätsklausel führt zu einer Militarisierung der Innenpolitik

25.6. 2014 *„Die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten im EU-Rat haben gestern die sogenannte ‚Solidaritätsklausel' angenommen. Im Falle einer Katastrophe oder einer schwammig definierten Krise werden die Organe der Europäischen Union zu jeder möglichen Hilfe verpflichtet. Dies schließt militärische Mittel ein"*, warnt der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko.
Der Vorschlag zu *„Vorkehrungen für die Anwendung der Solidaritätsklausel"* war 2012 durch die Kommission und die Hohe Vertreterin der Europäischen Union vorgelegt worden. Die *„Solidaritätsklausel"* kann ein Staat geltend machen, wenn eine Krise seine *„Bewältigungskapazitäten eindeutig übersteigt"*. Die Rede ist von *„operativen, politischen oder finanziellen Instrumenten und Strukturen"*.
Andrej Hunko weiter: ***„Die gestrige Verabschiedung im Rat für Allgemeine Angelegenheiten geschah im Verborgenen: Der Punkt tauchte nicht in der Tagesordnung des Treffens auf. Die Presse war nicht informiert.*** *Jedoch handelt es sich um eine der umstrittensten Regelungen der EU-Verträge. Genau deshalb war die Ausformulierung der ‚Solidaritätsklausel' bei der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden.*
*Die ‚**Solidaritätsklausel**' wertet die beiden geheimdienstlichen EU-Lagezentren auf. Sie schafft aber auch die rechtliche Grundlage für Einsätze polizeilicher Spezialkräfte des ‚**ATLAS-Netzwerks**', das von der EU-Kommission aufgebaut wird. Aus Deutschland ist daran die GSG 9 beteiligt, letztes Jahr durfte die Spezialtruppe der Bundespolizei eine erstmalig über mehrere Länder verteilte ATLAS-Großübung leiten.*
*Die ‚Solidaritätsklausel' ist **überflüssig,** denn die EU verfügt bereits über Mechanismen zur gegenseitigen Hilfe im Falle von Katastrophen. Zum anderen verstärkt die Klausel allerdings den **Kurs auf eine Militarisierung der Innenpolitik**, da auf Anfrage auch Militär in einem anderen Mitgliedstaat eingesetzt werden kann.*
*Ich befürchte, dass es um den innenpolitischen **Bündnisfall** geht: Der soll gelten, wenn ‚schwerwiegende Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte' drohen. Sogar politisch motivierte Blockaden in den Bereichen Energie, Transport und Verkehr oder Generalstreiks sind mit erfasst. Ausdrücklich wird auf Krisen Bezug genommen, deren Anlass ‚außerhalb der EU' zu suchen sei.*
Diese Vermischung von innerer und äußerer Sicherheit lehnt die Linksfraktion ab. *Statt einer Militarisierung der Innenpolitik durch den Einsatz von Militär im Inneren anderer Mitgliedstaaten, brauchen wir eine Stärkung der zivilen Solidaritätsmechanismen in der EU."*

Pressemitteilung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten vom 24. Juni 2014:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/143353.pdf
Links: http://www.andrej-hunko.de/presse/2105-eu-solidaritaetsklausel-fuehrt-zu-einer-militarisierung-der-innenpolitik
Artikel 222 der Römische Verträge http://euwiki.org/TFEU#Article_222
Parallelen zum Artikel 5 der NATO: http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/Rechtliche__Grundlagen/Nordatlantikvertrag.html
Atlas Netzwerk: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-335_de.htm
breiter Begriff von „von Menschen verursachten **Katastrophen**" http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/143353.pdf

Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation!

Für eine faire Ukraine-Berichterstattung der Medien!

Am 31. Mai 2014 (teilweise aber auch schon am 30. Mai bzw. erst Anfang Juni) fanden in zahlreichen bundesdeutschen Städten lokale Aktionen der Friedensbewegung zum Ukraine-Konflikt statt.

Aufruf von attac Deutschland, 28.5.2014

KEINE weitere Eskalation des Konflikts in der Ukraine! NEIN zum drohenden Krieg!

Mit Sorge sehen wir, wie die Entwicklung in der Ukraine auf einen möglichen Krieg hinsteuert. Jeder Versuch, den Konflikt mit noch mehr Einsatz von Gewalt zu lösen, sei es in Form von Militär oder paramilitärischen Gruppen, wird den Konflikt nur verschärfen und noch mehr Leid schaffen.

Deshalb sagen wir NEIN zu:

- Militäreinsätzen und dem Einsatz von sonstigen bewaffneten Gruppen
- Kriegshetze und Kriegsvorbereitung
- Einer weiteren Konfrontation mit Russland
- Wirtschaftlichen und politischen Sanktionen
- NATO- und EU-Osterweiterung
- Verharmlosung und Unterstützung von Faschisten

Von der Bundesregierung fordern wir:

- Keine NATO-Manöver in Osteuropa
- Keine Rüstungsexporte in die Region
- Schluss mit jeglicher Eskalationspolitik
- Keine Zusammenarbeit mit Faschisten

Wir sind solidarisch mit allen antifaschistischen und emanzipatorischen Kräften in der Ukraine, die sich mit zivilen Mitteln für eine Lösung des Konflikts einsetzen.

Stephan Lindner (Attac)

"Wir stehen hier, weil wir wollen, dass dieses sinnlose Sterben aufhört!"

Liebe Freundinnen und Freunde!
Wir haben uns heute hier um fünf vor zwölf versammelt, um ein Zeichen zu setzen. Für viele Menschen in der Ukraine ist es bereits fünf Minuten nach zwölf. Täglich hören wir von neuen Toten, die bei bewaffneten Auseinandersetzungen ums Leben kamen. Wir stehen hier, weil wir wollen, dass dieses sinnlose Sterben aufhört!

Ich möchte hier kurz etwas zu den **wirtschaftlichen Hintergründen** dieses Konfliktes sagen. Erinnern wir uns, wie alles anfing: Menschen gingen unter anderem auf die Straße, weil die Verhandlungen für ein **sogenanntes Partnerschaftsabkommen mit der EU** gescheitert waren. Für das Scheitern gab es gute Gründe, denn dieses Abkommen steht, anders als sein Name, nicht für eine faire Partnerschaft.
Dieses Abkommen stellt die Ukraine vor eine Wahl, die sie nicht treffen kann, ohne innerlich zerrissen zu werden: West oder Ost, EU oder Eurasische Union, USA oder Russland. Die Folgen dieser aufgezwungenen Entscheidung sehen wir jetzt: Blutige Kämpfe mit immer mehr Toten. Wer das beenden will, der muss auch bereit sein, über dieses Abkommen neu zu verhandeln!

Die **Folgen solcher Abkommen,** bei denen auch der **IWF** mit im Boot sitzt und strikte Sparprogramme diktiert, können wir bereits in vielen Ländern sehen. Die heimische Wirtschaft hält dem Konkurrenzdruck ausländischer Konzerne nicht stand, Löhne sinken, Unternehmen gehen pleite und die Arbeitslosigkeit steigt. Für die Ukraine käme hinzu, dass sie den für ihre Industrie wichtigen Absatzmarkt im Osten verliert. Sie würde auf die Rolle eines billigen Rohstofflieferanten degradiert. Es käme zu einer weiteren Abwärtsspirale von immer mehr Not und Elend. Dazu sagen wir: Nein!

Wer über die Ukraine spricht, kommt am Thema **Oligarchen** nicht vorbei – es sei denn, er ist Teil unserer Bundesregierung oder ihrer Freunde. Die hieven nämlich, ohne groß darüber zu reden, genau jene Oligarchen fester als je zuvor in den Sattel, gegen die zuvor sowohl auf dem Maidan als auch jetzt im Südosten der Ukraine protestiert wurde. All diesen Menschen, in der gesamten Ukraine, die für die Entmachtung der Oligarchen und ein besseres Leben für alle eintreten, gilt unsere Solidarität!

Befasst man sich näher mit diesen Oligarchen, ist vieles nicht so, wie es auf den ersten Blick scheint. Julia **Timoschenko**, vom Westen zur Freiheitskämpferin hochstilisiert, hat es in den Neunziger Jahren vor allem dank ihrer guten Kontakte nach Russland zu einem Milliardenvermögen gebracht.
Und Viktor **Janukowitsch**, vermeintlich prorussischer Präsident, wurde in den letzten Jahren vor allem von der Wallstreet, genauer von einer Fondsgesellschaft namens Templeton finanziert. Verträge für Fracking, die vor allem für seine Familie lukrativ waren, zuerst mit Chevron und dann zusätzlich mit Shell, verschafften seiner Kleptokratie weitere Einnahmen. Und um auch in Zukunft weiter flüssig zu bleiben, wurde bereits über Landgrabbing Projekte im großen Stil mit China verhandelt.
In der Ukraine geht es daher nicht nur darum, ob sich Ost gegen West durchsetzt oder umgekehrt. **Es geht auch darum, ob die Reichtümer der Ukraine den dort lebenden Menschen zu Gute kommen.** Doch statt diese Menschen zu unterstützten, setzt unsere Bundesregierung nicht nur weiter auf die Oligarchen, sondern stört sich auch nicht daran, dass deren ohnehin mafiösen Strukturen jetzt auch offen faschistisch agieren.
Wir sagen nein zu einer deutschen Politik, die mit einer ukrainischen Regierung zusammenarbeitet, an der Faschisten beteiligt sind! Und wir sagen nein zu einer deutschen Politik, die eine Regierung unterstützt, die Oligarchen dazu ermuntert, Privatarmeen zu finanzieren, statt ordentlich Steuern zu bezahlen und sich an Recht und Gesetz zu halten!

Mein letzter Punkt: Auch bei uns versuchen mächtige Interessen aus der Krise in der Ukraine Profit zu schlagen. Auch denen gilt es entgegen zu treten. Deshalb sagen wir auch **nein zu einer Rüstungsindustrie**, die jetzt für höhere Rüstungsausgaben wirbt! Und wir sagen **nein zu Energiekonzernen, die uns Fracking und Flüssiggas als Alternative zu russischem Gas schmackhaft machen wollen.** In Wirklichkeit wollen sie damit nur die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien sabotieren.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Willi van Ooyen* (Die Linke)
"Mir geht es nicht um eine pro-russische oder pro-ukrainische Parteinahme"

(…) Mir geht es nicht um eine pro-russische oder pro-ukrainische Parteinahme. Es geht mir um einen Umgang von uns mit sozialen Problemen und demokratischen Interessen der Menschen in der Ukraine. Diese werden dann gern als Beziehungen zwischen Blöcken, Nationen, Nationalitäten oder Ethnien dargestellt. Dieser Logik der Konfrontationslinien haben wir uns als Friedensbewegung immer entgegengestellt.

Kritik an undemokratischen Zuständen im heutigen Russland ist das Eine und wird von vielen Friedensbewegten geteilt. Aber die **arrogante Selbstgerechtigkeit**, mit der Putin im Westen zur Inkarnation des Bösen und Russland zur Gefahr für westliche Freiheit und Sicherheit erklärt werden, ist **lebensgefährlich**. Die schlichte und ahistorische Reduktion der Konfliktparteien auf „pro-russische" und „pro-westliche" Kräfte ist unverantwortlich und hat mit der sozialen Wirklichkeit der Menschen in der Ukraine und in Europa nichts zu tun. (...)

Das mächtigste Militärbündnis der Welt wurde zwischen 1990 und 2009 **auf 28 Mitglieder erweitert** und bereitet weitere Mitgliedschaften in Osteuropa und an den Grenzen der GUS vor. Auch wenn Russland heute nicht unbeteiligt ist an der Zuspitzung der Gefahr für die Spaltung der Ukraine und Europas, darf um des Friedens willen der treibende Anteil der NATO und der EU nicht länger tabuisiert werden.
Die Friedensbewegung hier muss neben den Forderungen des sofortigen Rückzuges der Bundeswehr aus Afghanistan und allen Kriegsgebieten wieder die grundsätzlichen **Forderungen nach Abzug aller Truppen von fremdem Territorium** und das heißt hier in Hessen die Schließung des US-Headquarters in Wiesbaden auch aktionsmäßig voranbringen. Wir müssen schon jetzt die **Schließung der NSA-Anlagen durchsetzen**. (...)
** Landtagsabgeordneter (die Linke) in Hessen und im Sprecherkreis des Bundesausschusses Friedensratschlag.*

Matthias Jochheim, IPPNW: Authentische Informationen als Friedensaufgabe

Liebe Kriegsgegnerinnen, liebe Friedensfreunde,
(…) Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke machte darauf aufmerksam, daß die »Denkfabrik« von **Swoboda** den Namen »Joseph-Goebbels-Forschungszentrum für Politik« trage - das also ist einer der Bündnispartner für die Förderung westlicher Werte in der Ukraine! Diese Partei pflegt kollegiale Beziehungen zur deutschen NPD, und gehört zu der geistigen Verwandtschaft des „Rechten Sektors", den gut trainierten Gewalttätern, denen unter anderem die Brandschatzung des Gewerkschaftshauses in Kiew mit mindestens 47 Todesopfern zur Last gelegt wird.
Von solchen Verbrechen und ihren Hintergründen erfährt das Publikum des deutschen Fernsehens wenig. Dort war nur von einer „Katastrophe" die Rede - über die Täter ist nur abseits des Mainstreams Genaueres zu erfahren. Und hier liegt eine wesentliche **friedenspolitische Aufgabe für die Aktiven gegen den Krieg:** sich die Mühe zu machen, dem verfälschten Bild, das uns die hiesigen Massenmedien unterjubeln wollen, **authentische Informationen** entgegenzustellen. (…) Die frühere ARD-Korrespondentin in Moskau, **Gabriele Krone-Schmalz**, beschreibt in hervorragender Weise die mediale Desinformation (1) . Für uns als Friedens-Engagierte besonders wichtig: sie benennt zum Beispiel den **§ 7 des geplanten Assoziierungsabkommens EU-Ukraine,** der eine intensivierte militärische Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern vorsieht - im Mainstream schlicht nicht erwähnt. (…) Es ist wohltuend eine so unbestechliche Beobachterin wie Frau Krone-Schmalz zu hören, die sich auch mit dem Schreckgespenst des „Anti-Amerikanismus" auseinandersetzt, und feststellt, dass es nichts mit Ressentiments gegen die USA zu tun hat, wenn nach den Kriegen der letzten Jahrzehnte, und nach Abu Ghraib und Guantanamo die Wertеführerschaft der US-Regierung nicht mehr sehr glaubwürdig ist. Mit Recht sorgt sich Frau Krone-Schmalz um die Zukunft der Demokratie, wenn die Medien sich weiter in Richtung von Propaganda-Instrumenten der jeweiligen Machtelite entwickeln. (…)
Über das Internet können wir die kritischen Kommentare des früheren Kanzleramtsministers **Albrecht Müller** verfolgen, der sich als Sozialdemokrat aktuell besonders betroffen mit dem Handeln und den Positionen von Außenminister Steinmeier befasst. Er fragt: *„Kann man Steinmeier trauen?"* und kommt mit guten Argumenten zu dem Schluss, dass der Außenminister keine ehrliche Strategie für Frieden in der Ukraine betreibt, sondern zu den Vorbereitern des Putsches gehört hat, und keinerlei Anstrengungen für eine Aussöhnung der Konfliktparteien erkennen läßt. (...)
Als Kriegsgegner sagen wir hier und heute laut und deutlich: Kriegsvorbereitungen an den russischen Grenzen sind das Letzte, was wir in Deutschland und in Europa brauchen! Es gilt immer noch das Wort von Thomas Mann: Kriege werden aus der Unfähigkeit begonnen, die wirklichen Probleme der Staaten und der Gesellschaften sinnvoll anzugehen.
Aber: Es gibt heute neben den riesigen Gefahren auch **Hoffnungszeichen:** Großbritanien und die USA haben ihren schon geplanten direkten Krieg gegen Syrien vorläufig abgesagt, wegen der gewachsenen Ablehnung eines weiteren Krieges in der Bevölkerung und auch in den Parlamenten dort. Die Menschen auch in den USA sind der Kriege müde. Die Umfragen zeigen: auch in Deutschland will die klare Mehrheit keinen neuen kalten - und erst recht keinen heißen -Krieg.
„Wir weigern uns, Feinde zu sein" – das ist unsere Parole. Wir stehen hier bei der Vertretung der Ukraine in Frankfurt, die auch für die Betreuung zahlreicher Ukrainer bei uns und in anderen deutschen Städten zuständig ist. Wir wünschen Ihnen und uns, dass die an Ressourcen reiche Ukraine ihre schwere ökonomische Krise überwinden kann; dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen einen Weg des gewaltlosen, demokratischen Dialogs finden, und die ökonomische Entwicklung nicht nur nach den Interessen der sogenannten „Oligarchen" - im westlichen Raum auch „Investoren" genannt - vorangetrieben wird. Denn **eine Unterwerfung unter die neoliberalen Regeln der EU-Kommission verspricht der Mehrheit der Bevölkerung wenig Gutes, siehe Spanien und Griechenland.**
Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ukraine mit EU und Russland – so sollte die Perspektive aussehen!
Militärische Blockfreiheit für die Ukraine – und für uns Schluss mit Expansion und Kriegspolitik der NATO!
Rede auf der Kundgebung "Die Waffen nieder! Für Frieden in der Ukraine!" am 31. Mai 2014 in Frankfurt a.M.
(1) Anm. der SiG-Redaktion:
http://www.srf.ch/player/radio/srf-4-news-aktuell/audio/ukraine-krise-berichterstattung-im-westen-ist-einseitig?id=0f0bf853-9bf5-4b13-b92d-4ca6e8b48aaa
Deutsche Medien am Pranger:
http://www.youtube.com/watch?v=e0L75NhOwbI

Tobias Pflüger: Solidarisch mit den Antifaschisten in der Ukraine!

Liebe Freundinnen und Freunde,
(…) ich will mal ein bisschen zurückgehen in diesem Konflikt. Was war am Anfang? Am Anfang gab es den Streit, ob die Ukraine die Eurasische Zollunion, die jetzt gegründet wird, mit unterschreibt, oder ob sie das EU-Assoziationsabkommen unterschreibt. Dieses **EU-Assoziationsabkommen** ist nicht irgendein harmloses Abkommen zur Zusammenarbeit, sondern da geht es um wirtschaftliche Interessen. Bei diesem EU-Assoziationsabkommen

wird geregelt, dass in Zukunft Freihandel geben soll zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. Und das heißt – da kann ich die Neue Osnabrücker Zeitung zitieren – *"Ein Assoziierungsabkommen mit der EU würde zunächst dazu führen, dass europäische Unternehmen die Ukraine mit Produkten überschütten – ein Markt von 45 Millionen Konsumenten lockt. Ukrainische Unternehmen gerieten unter mächtigen Konkurrenzdruck. Viele brächen zusammen. Die wirtschaftliche Misere würde noch schlimmer."* Oder sagen wir es mit unseren Worten: das EU-Assoziations-abkommen wird dazu führen, dass Privatisierungen stattfinden werden, dass die Löhne 'runter und die Preise nach oben gehen, und dass Stück für Stück die Bevölkerung verarmen wird. (...)

Bei den ersten sogenannten OSZE-Beobachtern, die dort festgesetzt wurden – das war einfach eine Lüge! Das waren **keine OSZE-Beobachter,** das waren Militärbeobachter von der Bundeswehr und von anderen Staaten (…)

Eine Eskalation in der derzeitigen Situation wird insbesondere von der Europäischen Union und von der NATO betrieben. Da müssen wir klar benennen, und deshalb sagen wir: **Keine NATO-Osterweiterung, keine EU-Osterweiterung, und ein Rückzug sämtlicher Truppen, die die NATO dort stationiert hat!**
Derzeit ist es für Linke kaum möglich, dass sie normal in der Ukraine leben können und politisch arbeiten können. Sie werden verfolgt, und es ist selbstverständlich für uns hier als Friedensbewegung und als Linke: **wir sind solidarisch mit den Antifaschisten in der Ukraine,** und wir kämpfen gemeinsam mit ihnen, dass es keinen Durchbruch des Faschismus in der Ukraine gibt! Und Solidarität ist etwas sehr Konkretes: das heißt, dass man den Menschen hilft, und dass man öffentlich macht, wie die Situation derzeit in der Ukraine tatsächlich ist. Und die ist nicht so, wie sie immer wieder in den Medien beschrieben wird, sondern da findet derzeit, vor allem in der Ostukraine, ein Krieg statt. Und wir erheben – als Friedens und Antikriegsbewegung, als Linke – die zentrale Forderung: **Stoppt endlich diesen Krieg in der Ostukraine!** Dort werden Zivilisten umgebracht - das wollen wir nicht. Wir wollen einen sofortigen Stopp der Kampfhandlungen, die Waffen nieder!

Liebe Freundinnen und Freunde, das wird nur die erste Demonstration sein, die wir zu diesem Thema machen. Und ich bin sehr froh, dass wir heute hier zusammengekommen sind, und dass wir dann doch einige geworden sind. Nur: wir werden mehr werden müssen, und wir müssen mehr mobilisieren, und wir müssen immer mehr und häufiger auch in die verschiedenen Regionen der Bundesrepublik gehen. Wir müssen dort zeigen, wo der Krieg beginnt: wenn sie nämlich Truppen schicken, dann müssen wir an die Bundeswehrstandorte.

Ich befürchte, dass dieser Konflikt noch heftig weiter eskalieren wird, und ich fordere euch auf und bitte euch, bei den zukünftigen Antikriegs- und Friedensaktionen dabei zu sein. Wir haben heute den Anfang gemacht, wir werden weiter machen, und das ist dringend notwendig. Vielen Dank.

Das Spiel mit dem Feuer: Die Mitverantwortung des Westens für die Ukraine-Krise, 24-min. **Video**,
http://www.kontext-tv.de/node/413
Gäste: **Daniela Dahn und Tomasz Konicz**

Unter IWF-Diktat: Internationaler Währungsfonds zwingt der Ukraine unter anderem auf, Sozialausgaben zu kürzen und Energiepreise zu erhöhen, Von Wolfgang Pomrehn, 12.5.
http://www.jungewelt.de/2014/05-12/037.php?sstr=ukraine

Ukraine bankrott - Der IWF übernimmt beim Nachbarn Rußlands das Kommando, Von Hannes Hofbauer, 17.5.2014
http://www.jungewelt.de/2014/05-17/016.php?sstr=ukraine

IWF und Assozierungsabkommen:
http://cadtm.org/Ukraine,853?lang=fr

NATO: SiG Nr. 87 Aufrüstung global!
http://sandimgetriebe.attac.at/8943.html
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/Welcome.html
http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/themen/nato/

Karte:
http://socioecohistory.files.wordpress.com/2014/05/nato_eastward_expansion_1990_2009.jpg

Zu den Montagsmahnwachen

Für eine Solidarische Auseinandersetzung!
"Wir teilen nicht die Einschätzung, dass es sich bei den Montagsmahnwachen im Kern um eine neurechte Bewegung handelt. Nach unserem Eindruck speist sich die **Motivation der meisten Teilnehmer/innen** aus dem Wunsch, sich einerseits einer drohenden und realen Kriegsgefahr entgegen zu stellen und andererseits dem Versuch, einen klaren Kopf zwischen tendenziöser Mainstream -Berichterstattung und bizarren Verschwörungstheorien zu gewinnen. (...)

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner: *Andrej Hunko (MdB DIE LINKE),Thomas Seibert (Interventionistische Linke), Prof. Peter Grottian (Wissenschaftlicher Beirat Attac Deutschland), Laura von Wimmersberg (Berliner Friedenskoordination), Mike Nagler (bundweiter Koordinierungskreis Attac Deutschland), Prof. Mohssen Massarrat, Eric Wilson (Musiker Nosliw) Sabine Leidig (MdB DIE LINKE),Heike Hänsel (MdB DIE LINKE)(...)*
http://www.friedensinitiative-wuerselen.de/?q=node/195

Paradoxer Mix: Die Montagsdemonstranten sind weniger rechts als gedacht: Mehrere Artikel in : http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung1/montags2.html
Studie „Occupy Frieden"
https://protestinstitut.files.wordpress.com/2014/06/occupy-frieden_befragung-montagsmahnwachen_protestinstitut-eu_rev.pdf

Attac Deutschland: „Wer hat schon was gegen Frieden", *20.5.*
http://www.attac.de/neuigkeiten/detailansicht/news

Palästina

Vorbemerkung der SiG-Redaktion, 2.7.2014: *„ Man muss hoffen,* schrieb der israelische Journalist **Gideon Levy** in seinem Artikel **„Israels Doppelmoral“** am 29.6. *, dass die Jugendlichen noch am Leben sind, um ihre Sicherheit fürchten und beten, dass sie sicher und gesund frei gelassen werden.“* Diese Hoffnung ist nicht erfüllt worden. Er setzte damals fort: *„Aber was geschieht in der Zwischenzeit: Israel ist weit entfernt von seiner „feinsten Stunde“. Es ist eine seiner hässlichsten Stunden. All die Saat des ultra-Nationalismus‘ und des Messianismus‘, die während der letzten paar Jahre gesät wurde, geht jetzt auf. Der ganze israelische Hass erhob sich nach der Entführung der drei Jeschiwa-Studenten, deren Schule mitten im besetzten Gebiet ist. (...) Niemand stellte die Massenverhaftungen in Frage oder die nochmaligen Gefangenschaft von Palästinensern, die bei Gilad Shalits Austausch frei gekommen waren, die Verhaftung von Mitgliedern des palästinensischen Parlamentes, die Deportationen in den Gazastreifen und die Kriegstreiberei. (...) All dies ist Israel erlaubt, und zwar nur Israel. Die unmittelbaren Opfer der „feinsten Stunde“ sind die elenden Familien der entführten Jugendlichen und der zehntausend Palästinenser.„* (http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=12705)

Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost

Stellungnahme zur Berichterstattung über die Geiselnahme der israelischen Jugendlichen

22.06.2014

Wir, Mitglieder der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost – in Deutschland lebende Juden oder Personen jüdischer Abstammung – bedauern zutiefst, dass die deutsche Presse bei ihren Berichten über die Geiselnahme von drei jungen Israelis am 12. Juni nahe Hebron den Kontext weitgehend außer Acht lässt.

Seit vielen Jahren werden **palästinensische Jugendliche** von israelischen Soldaten festgenommen und in israelische Gefängnisse verschleppt. Häufig geschieht dies mitten in der Nacht, ohne Haftbefehl und ohne konkreten Haftgrund.

Im Durchschnitt wird alle drei Tage ein palästinensisches Kind inhaftiert oder ermordet.

Seit 2000 sind 1518 palästinensische **Kinder** von israelischen Sicherheitskräften oder fanatischen Siedlern getötet worden.

Zurzeit befinden sich annähernd 200 palästinensische Jugendliche unter 18 Jahren, darunter fast 30 unter 16 Jahren, in israelischen Gefängnissen – ohne ordentliche Anklage und mit nur unzureichendem Besuchsrecht für Angehörige und Anwälte. Rund 190 palästinensische Häftlinge werden zurzeit ohne jede Anklage in israelischer Haft festgehalten.

Eine Geiselnahme, besonders wenn die Betroffenen Kinder oder Jugendliche sind, ist in keinem Fall zu rechtfertigen. Darum geht es uns auch nicht.

Doch wenn über die Geiselnahme der drei israelischen Jugendlichen berichtet wird, ohne mit einem Wort auf den Kontext der seit Jahrzehnten andauernden israelischen Besatzung mit all ihren Formen der Unterdrückung und Verletzung von Menschenrechten und des Internationalen Rechts einzugehen, handelt es sich in unseren Augen um eine **böswillig verzerrende Darstellung.**

Und wir sind der festen Überzeugung, dass, wer die Geiselnahme zu Recht verurteilt, auch die **Geiselhaft einer ganzen Bevölkerung**, die der Palästinenserinnen und Palästinenser, im selben Atemzug mit verurteilen muss.

Jegliche politische Instrumentalisierung der Geiselnahme durch die israelische Politik lehnen wir schon allein wegen des Zynismus eines solchen Vorgehens, auch gegenüber den jugendlichen Opfern und ihren Angehörigen, ab. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass ohne irgendwelche Hinweise oder Geständnisse die Hamas oder andere für die Tat verantwortlich gemacht werden, um die gesamte palästinensische Bevölkerung, selbst die von Gaza, **kollektiv zu bestrafen**, erneut in hunderte Häuser einzubrechen, Menschen zu verhaften oder zu ermorden.

Das **politische Ziel dieser Kampagne,** die wenig mit der Suche und Befreiung der Geiseln zu tun zu haben scheint, dürfte eher darin liegen, d**ie erst kürzlich erreichte Einigung innerhalb der palästinensischen politischen Lager zu unterminieren**.

Wir verurteilen dieses Vorgehen der israelischen Regierung entschieden und **erwarten von den deutschen Medien**, dass sie bei ihrer Berichterstattung den gesamten Kontext kritisch mit berücksichtigen.

http://www.juedische-stimme.de/?p=1461

Stimmen aus Israel:

Uri Avnery: Ein bewaffnetes Ghetto http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=12700

(...) In der israelischen Ausgabe der New-York-Times war ein großer Teil der ersten Seite für ein Bild einer palästinensischen Mutter genommen, die um ihr Kind trauert – und nicht ein Bild mit den 3 Geiseln. Aber als den drei Müttern, die zu Propagandazwecken zur UN-Menschenrechts-Kommission nach Genf geschickt worden waren, ein kühler Empfang gewährt wurde, war die israelische Regierung erstaunt. Delegierte waren mehr an den Menschenrechtsverletzungen durch Israel interessiert als an den Geiseln – für viele Israelis ein weiteres offensichtliches Beispiel für Antisemitismus in der UN. MEHR ALS alles andere zeigt diese Episode wieder, wie verzweifelt wir den Frieden nötig haben. Die palästinensische Versöhnung zwischen PLO und Hamas könnte den Frieden näher bringen – und deshalb wünschen die israelische Rechte und besonders die Siedler, diese zu zerstören.(...)

S. auch: Avraham Burg: Die Palästinenser: eine entführte Gesellschaft, http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=12696

Alltag der israelischen Besatzung:

Drohnen gegen GAZA, Studie von Atef Abu Saif

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Sleepless-in-Gaza-by-Atef-Abu-Saif-RLS-Palestine.pdf

Israelische Soldaten haben die Obstplantage eines palästinensischen Aktivisten im Westjordanland niedergewalzt. Es war eine Oase des Friedens inmitten des Nahostkonflikts. *http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/naher-osten-und-afrika/Soldaten-gegen-Apfelbaeume/story/26636156#clicked0.6004607076747452*

Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V., Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

Aggression, Propaganda, Kollektivstrafen und Heuchelei bestimmen den Alltag in Palästina

Die Mutter eines der vermissten Jugendlichen aus Alkhalil (Hebron) im Besetzten Palästina ist vor dem Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments aufgetreten, um über ihr Anliegen von der vermeintlichen Entführung ihres Kindes zu berichten. Die Mutter eines von israelischen Soldaten ermordeten palästinensischen Jugendlichen aus einem Dorf neben Hebron konnte nicht vor einem Menschenrechtsausschuss auftreten, denn Hebron ist abgeriegelt und Palästinenser dürfen in der Regel nicht ausreisen.

Diese Gegensätzlichkeit ist nichts anderes als die nackte Realität. Und so unlogisch sie erscheinen mag, es ist genau die Situation und die **Asymmetrie** dessen, was den Alltag der Menschen im Besetzten Palästina bestimmt.

Tatsache ist, dass bis dato keine palästinensische Seite die Verantwortung für die vermeintliche Entführung übernommen hat. Tatsache ist auch, dass es weder Anzeichen noch Beweise dafür gibt, dass die jungen Siedler überhaupt entführt wurden! Tatsache ist ebenso, dass seit dem Verschwinden der drei Siedler die israelische Besatzungsmacht einen willkürlichen **Rachekrieg** mit Morden und grausamer Zerstörung gegen die palästinensische Zivilbevölkerung im Besetzten Palästina führt. Eins von vielen erschreckenden Beispielen: Von den **sieben bis dato ermordeten Palästinensern** sind drei Kinder unter 14 Jahren.
Die israelische Besatzungsmacht hat inzwischen rund **400 Palästinenser verschleppt**, unter ihnen sind Minderjährige ebenso wie Kinder und Frauen. Auch die Wiederverhaftung einiger vor kurzem freigelassener politischer Häftlinge, die im Rahmen der Wiederaufnahme der so genannten „Friedensverhandlungen“ mit Israel auf freien Fuß gesetzt wurden, ist ein klarer Beweis für die wahren Absichten des Besatzungsregimes. Die Wiederverhaftung des berühmtesten palästinensischen Widerstandshäftlings **Samir El Isawi**, der die Besatzungsmacht mit seinem legendären Hungerstreik über mehr als 260 Tage besiegt hat und seine Freilassung mit internationaler Hilfe erzwang, ist ein weiter Beweis für die Arroganz der Besatzer. Ein Beweis vor allem für die Eigenmächtigkeit des Handelns.

Die abscheulichen Taten der Besatzer in den vergangenen Tagen im Besetzten Palästina - die Ermordung Minderjähriger, die Verschleppung hunderter Palästinenser, unter ihnen auch Kinder und Minderjährige - sowie die verhängten Kollektivstrafen zeigen klar und deutlich das gewaltbereite, gewalttätige und schreckliche Gesicht der Besatzung.
Wir fordern die palästinensische Regierung in Ramallah auf, die Sicherheitskoordination **mit dem Besatzer einzufrieren** und den zivilen, **friedlichen Widerstand in Palästina** mit allen Mitteln zu fördern. Wir fordern den Präsidenten Mahmoud Abbas auf, den Weg frei zu machen, damit **Israel** wegen der andauernden **Kriegsverbrechen** vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verklagt werden kann. Das anhaltende Verbrechen gegen das palästinensische Volk darf nicht ungestraft bleiben.
Wir fordern die internationale Gemeinschaft - insbesondere den Sicherheitsrat der UNO auf – endlich **internationale Truppen für den Schutz der Zivilbevölkerung nach Palästina** zu schicken.
Die Bundesregierung und die EU fordern wir auf, die Assoziierungsabkommen mit dem Besatzer und dem Unterdrückerregime auszusetzen und den **Druck** auf Israel zu verstärken, endlich internationale Abkommen und Menschenrechtsresolutionen einzuhalten. Und Israel endlich mit **Sanktionen** zu bestrafen. **Denn Schweigen und Zuschauen kommt einer Mittäterschaft gleich. (28.6.)**

Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost

Appell an die deutsche Regierung zur Anerkennung der palästinensischen Einheitsregierung

Berlin April/Mai 2014

Die israelische Politik gegenüber den Palästinensern beruht – sowohl innerhalb Israels als auch im besetzten palästinensischen Territorium – auf einer **Strategie der Teilung**. Das palästinensische Volk ist zwischen dem besetzten palästinensischen Territorium (“Occupied Palestinian Territory” – OPT), dem israelischen Territorium (IT) in den Grenzen vom 4. Juni 1967 sowie den Flüchtlingslagern verschiedener Länder des Nahen Ostens geteilt. Die Regierung Israels sucht innere Konflikte zwischen den Palästinensern zu säen, um sie politisch und moralisch zu schwächen. Erst unlängst wurde am 24. Februar dieses Jahres von der Knesset ein Gesetz verabschiedet, das innerhalb Israels für muslimische und christliche Palästinenser jeweils getrennte Vertretungen schafft.

Ungeachtet dessen wurden wir am 23. April d. J. Zeugen des Abschlusses eines **historischen Aussöhnungsabkommens zwischen der “Palestinian Liberation Organization” (PLO) und der Hamas- Partei.** Die Einmütigkeit der öffentlichen Meinung der Palästinenser kommt im gemeinsamen Aufruf zur Beendigung des internen Konflikts zum Ausdruck, und das Aussöhnungsabkommen erinnert die Welt daran, dass der Gazastreifen und die Westbank (einschließlich Ostjerusalem) eine zusammengehörige Einheit bilden, die gewaltsam und widerrechtlich durch das israelische Militär getrennt wurde. Warum sollte es auch eine künstliche Trennung zwischen Palästinensern geben, die doch in diesen besetzten Gebieten eine gemeinsame Geschichte und dieselbe Notlage teilen?

Die Regierung Israels begründete bisher ihren Unwillen, ein Abkommen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zu erreichen damit, dass die PA vorgeblich nicht alle Palästinenser repräsentiere. Kaum war jedoch die Aussöhnung verkündet, erklärte die israelische Regierung den Abbruch der Verhandlungen mit der Begründung, dass künftig auch die Hamas der Einheitsregierung angehören werde. Israel macht geltend, dass die Hamas kein legitimierter Verhandlungspartner sein könne. Die Aussöhnung innerhalb der PLO demonstriert indes tendenziell die Bereitschaft der Hamas, sich auf gewaltfreie Mittel der Politik zu beschränken. Anstatt sich dieser Entwicklung anzuschließen, benutzt die israelische Regierung weiter Ausreden, um die Besatzung fortzusetzen.

Die Deutsche Regierung hat in der Vergangenheit vielfach erklärt, dass sie dem Frieden in Mittelost verpflichtet sei. Jetzt ist der Moment, die Ernsthaftigkeit dieser Erklärungen unter Beweis zu stellen.
Wir rufen die Deutsche Bundesregierung auf, die palästinensische Einheitsregierung ebenso wie das demokratische Recht der Palästinenser auf freie Wahl ihrer Repräsentanten anzuerkennen.

In einem Statement vom 27. April dieses Jahres stellte Israels Premierminister **Netanyahu** eine Verbindung zwischen dem Holocaust und der Hamas-Partei her, in dem er diese (eine Bewegung des Widerstands gegen die israelische Militärbesatzung) mit Nazideutschland gleichsetzte. Ein solcher Vergleich entsetzt und erschreckt uns. **Als Juden lassen wir nicht zu, dass unsere Geschichte zur Legitimierung einer widerrechtlichen Besatzung instrumentalisiert wird**. Als Deutsche glauben wir, dass die Bundesregierung, die die Politik Israels über Jahrzehnte blind unterstützte, nunmehr in der Verantwortung ist, einen Beitrag zu einem gerechten Frieden in Israel/Palästina zu leisten und deshalb die Aussöhnung begrüßen sollte.
http://www.juedische-stimme.de/?p=1407

Pia Eberhardt

EU-Investitionspolitik am Scheideweg: Riss oder Kitt im globalen Parallelrecht für Konzerne?

Ich möcht' auch so ein Privatgericht haben! Das nächste Mal, wenn sie mich erwischt haben, wenn ich mit 120 durch die Fußgängerzone gebrettert bin – ja warum nett, ich fühl mich eingeschränkt in meiner persönlichen Freiheit! – dann frag ich ein Privatgericht und in dieses Privatgericht setz' ich meine Tante, meine Nichte und vielleicht noch den Bernersennenhund meines Vermieters. Und die entscheiden dann ganz neutral.
Erwin Pelzig in der Kaberett-Fernseh-Show "Pelzig Hält sich", 11. Februar 2014

Mit der Debatte um das transatlantische Handelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) ist die Auseinandersetzung um das globale Investitionsrecht endlich auch in Europa angekommen. Insbesondere in Deutschland wächst die Kritik an diesem Parallelrecht für Konzerne – bis hinein in bürgerliche Mainstream-Medien und das konservative Parteienlager. Doch auch jenseits von Deutschland entzündet sich der Widerstand gegen TTIP vor allem an den im Abkommen geplanten Sonderklagerechten für Konzerne.

Weltweit gibt es **bereits zahlreiche internationale Verträge, die diese Klagerechte enthalten.** Sie ermöglichen ausländischen Investoren1, Staaten vor privaten internationalen Schiedsgerichten zu verklagen – und zwar wegen jeder Politik, die ihre Eigentumstitel und die geplanten Gewinne aus ihren Investitionen bedroht, sei es wegen Gesundheits- und Umweltschutzauflagen oder durch eine Sozial- und Wirtschaftspolitik, die ihre unternehmerischen Freiheiten beschränkt.
So **verklagt** der Energiekonzern **Vattenfall** derzeit die Bundesrepublik Deutschland, weil ihm der Atomausstieg nicht passt. In Australien und Uruguay geht **Philip Morris** gegen Anti-Tabak-Politiken vor. Der kanadische Öl- und Gaskonzern **Lone Pine** verklagt über eine US-Niederlassung seine eigene Regierung, weil die Provinz Quebec aufgrund von Umweltrisiken bei der Gasförderung ein Moratorium für die als Fracking bekannte Tiefenbohrtechnik erlassen hat. Und der Ölkonzern **Chevron** greift über eine Investor-Staat-Klage ein ecuadorianisches Gerichtsverfahren an, in dem er wegen massiver Umweltzerstörung im Amazonas-Gebiet zu Schadensersatz-Zahlungen verpflichtet wurde. (siehe zu diesen und anderen Klagen: Democracy Center 2013).

Die Klagen werden vor internationalen Schiedsgerichten verhandelt. Sie setzen sich meist aus drei, von den Streitparteien ernannten Privatpersonen zusammen, die nach den Schiedsregeln agieren, die im jeweiligen Investitionsabkommen genannt sind. Nationale Gerichte haben keinen Einfluss auf die Verfahren.

Im Fall des transatlantischen Handelsabkommens bergen die Sonderklagerechte für Konzerne unkalkulierbare Risiken. Schon heute kommt über die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen in den USA und in der EU von der jeweils anderen Seite des Atlantiks. Es gibt zigtausend Niederlassungen US-amerikanischer Konzerne in Europa und vice versa. Investor-Staat-Klagerechte in einem EU-US Abkommen würden diesen Konzernen ermöglichen, über Filialen im Ausland auch gegen ihre eigene Regierung vorzugehen. Und die jeweils progressivere Gesetzgebung zum Gesundheits-, Umwelt- oder Arbeitsschutz anzugreifen – egal, auf welcher Seite des Atlantiks. (2)

Kein Wunder also, dass sich der Widerstand gegen TTIP in der Ablehnung der geplanten **„transatlantischen Verfassung der Konzerne"** (Eberhardt/Fuchs 2013) einig ist. Um den Kritiker_innen Wind aus den Segeln zu nehmen, hat die Europäische Kommission die Verhandlungen über den Investitionsschutz im TTIP vorerst ausgesetzt. Ende März 2014 wurde eine öffentliche Konsultation zum Thema gestartet, die bis Anfang Juli laufen wird (Europäische Kommission 2014). Darin geht es allerdings nicht um die Frage, ob und warum es den Investitionsschutz in einem EU-USA-Abkommen überhaupt braucht, sondern allein darum, wie er ausgestaltet sein soll. Es geht der Kommission also nicht um eine offene Diskussion mit offenem Ausgang, sondern darum, ihre eigene Agenda zu verkaufen und auszufeilen.

Nichtsdestotrotz öffnet die Konsultation einen Raum für eine grundsätzlichere Debatte um globale Investitionsschutzregeln. Ihr Ausgang wird nicht nur Folgen haben für das geplante EU-USA-Abkommen, sondern für den globalen Kampf gegen die „Globalisierung der Konzernherrschaft" (Mies/von Werlhof 2003): Gelingt es, die Konzernklagerechte aus dem TTIP zu kegeln, stärkt das weltweit soziale Bewegungen und linke Regierungen, die sich transnationalen Konzernen entgegen stellen und versuchen, aus einst geschlossenen neoliberalen Knebelverträgen auszubrechen. Gelingt es dagegen der EU, ihre ‚reformierten' Investoren-Rechte im TTIP zu verankern, wird das dem global umkämpften Investitionsschutz-Regime einen Legitimierungssschub geben.

Zur Einordnung der Debatte werde ich im Folgenden einen kurzen Überblick über die Entwicklung des internationalen Investitionsrechts geben, einige Problembereiche und polit-ökonomische Einordnungen des Rechtsfelds nennen und anschließend auf aktuelle Brüche in und Kämpfe um dieses Feld eingehen. Abschließend werde ich auf die aktuellen Auseinandersetzung in der EU eingehen: Wer sind die relevanten Akteur_innen? Welche Strategien verfolgen sie? Und vor welchen Herausforderungen stehen emanzipatorische gesellschaftliche Kräfte?

Die Entwicklung des internationalen Investitionsrechts

Ohne Auslandsinvestitionen gäbe es weder transnationale Konzerne noch globale Produktionsketten. Sie bieten direkten Zugang zu Absatzmärkten, Technologien, billigen Rohstoffen und Arbeitskräften. Da sie ab einem gewissen Umfang in den Empfängerstaaten Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse maßgeblich prägen, spielen sie eine wichtige Rolle für globale Hegemonie (im gramscianischen Sinne eines Macht- und Herrschaftsverhältnisses, das Staaten- und Klassenbeziehungen umfasst und sich neben Zwang und Gewalt auch auf Konsens stützt).

Seit der Nachkriegszeit werden vermehrt zwischenstaatliche Abkommen abgeschlossen, die den Vertragsparteien bestimmte Verpflichtungen im Umgang mit Investitionen und Investoren aus dem jeweils anderen Land auferlegen. Sie können z.B. festlegen, dass Staaten für Enteignungen bzw. ‚enteignungsgleiche' Maßnahmen umgehend Entschädigung zahlen müssen und Investoren im Konfliktfall direkte Klagerechte vor einem internationalen Schiedsgericht einräumen. Weltweit gibt es **über 3.000 solcher Abkommen**, der Großteil davon auf bilateraler Basis (Bilateral Investment Treaties, BITs). Laut der UN Organisation für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD) wurde in den

letzten Jahren im Durchschnitt jede Woche ein neues Investitionsabkommen abgeschlossen (UNCTAD 2013: 4).

Anfangs handelte es sich fast ausschließlich um Nord-Süd-Abkommen. In den 50er und 60er Jahren wollten kapitalexportierende Staaten so ihre Investoren in den ehemaligen Kolonien schützen.
In den 70ern waren die Abkommen Teil der Konterrevolution gegen Bestrebungen nach veränderten Wirtschaftsbeziehungen wie sie in der Erklärung zur Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung ihren Ausdruck fanden.
In den 90ern kam es in Teilen des globalen Südens schließlich zu einem regelrechten Investitionswettlauf, der zu einem explosionsartigen Anstieg von Investitionsabkommen führte. Begünstigt wurde dieser Investitionswettlauf durch die Abhängigkeit von privaten Kapitalflüssen als Folge der Schuldenkrise der 80er Jahre, die immer stärker neoliberale Ausrichtung der Programme des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank sowie den Siegeszug des Neoliberalismus. Entsprechend basieren die zentralen Vorkehrungen in Investitionsabkommen auf der Idee vom „Reichtum-schaffenden Spiel" (Friedrich August von Hayek) privater Kapitalflüsse in einem gegenüber staatlichem Interventionismus und den Launen demokratischer Politik immunisierten freien Markt, der zu seiner Entfaltung jedoch starker, staatlich garantierter Eigentumsrechtsrechte bedarf.

Noch heute sitzt der globale Süden in Investor-Staat-Verfahren am häufigsten auf der Anklagebank: Laut UNCTAD (2014:7-8) richteten sich etwa drei Viertel aller Klagen, die bis Ende 2013 bekannt geworden sind, gegen Entwicklungs- und Schwellenländer. In der überwältigenden Mehrheit der Fälle, 85%, klagte ein Investor aus dem globalen Norden.
Argentinien und Venezuela sind die Länder, die am häufigsten vor Investitionsschiedsgerichte gezerrt wurden. Allerdings müssen sich in Zeiten veränderter Kapitalströme auch Industrieländer immer häufiger dort behaupten: **Tschechien** ist mittlerweile der am dritthäufigsten verklagte Staat; und fast die Hälfte aller 2013 eingereichten Verfahren richten sich gegen Industrieländer (ibid: 1). Bei einer wachsenden Zahl von Nord-Nord-Investitions- bzw. Freihandelsabkommen mit Investitionsschutzkapiteln wie dem geplanten zwischen der EU und den USA dürfte dieser Trend anhalten.

Auch die staatlichen ‚Verstöße', die in solchen Verfahren geahndet werden, wurden in den letzten zwei Jahrzehnten sukzessive ausgeweitet. Während ursprünglich willkürliche Enteignungen und die Diskriminierung ausländischer Investoren Anlass zu Investor-Staat-Klagen boten, richten sie sich **zunehmend gegen Gesetze, die auf demokratischem Wege, im öffentlichen Interesse und im Einklang mit nationalem Recht verfasst wurden.** Unter anderem ist es dieser Entwicklung geschuldet, dass das internationale Investitionsrecht wieder auf stärkeres Interesse stößt.

Dass derartige Klagen überhaupt Aussicht auf Erfolg haben, liegt am schwammig formulierten, aber **weitreichenden Eigentumsschutz**, der Investoren im internationalen Investitionsrecht garantiert wird (siehe Krajewski 2013; Hoffmann 2013). Einige Schiedsgerichte interpretieren beispielsweise den Standard der ‚fairen und gerechten Behandlung' so, dass Staaten immer völlig transparent und ohne Widersprüche zu handeln hätten und die ‚legitimen Erwartungen' eines Investors bezüglich des regulatorischen Umfelds seiner Investition nicht enttäuschen dürften (siehe Bernasconi-Osterwalder/Liu 2013). Und während der Schutz vor ‚indirekter Enteignung' in den meisten nationalen Verfassungen so nicht zu finden ist, garantiert dieses Recht, in Investitionsabkommen verankert, ausländischen Investoren Entschädigung, wenn ihr Eigentum durch Regulierungen an Wert verliert. **So lässt sich ein Fracking-Moratorium ebenso angreifen wie der Atomausstieg.**

Internationales Investitionsrecht als Teil des neuen Konstitutionalismus

Die Gefahren für öffentliche Haushalte und demokratische Politik liegen auf der Hand: Investor- Staat-Klagen können Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe nach sich ziehen. Durch politische Reformen verursachte Gewinneinbußen einzelner Unternehmen werden auf diese Weise sozialisiert. Die Kosten für die Staaten steigen dabei immer höher: 2012 verpflichtete ein Schiedsgericht **Ecuador** zu einer historisch bislang einzigartigen Schadensersatzsumme von 2,3 Milliarden US-Dollar. Geklagt – und Recht bekommen – hatte der **US-Konzern Occidental**, weil das Land die Ölförderverträge mit dem Unternehmen einseitig aufgekündigt hatte.

Die Anzahl der Investor-Staat-Klagen ist seit der Jahrtausendwende explodiert. Bis Ende 2013 verzeichnete die UNCTAD (2014: 1) weltweit 568 Klagen – Mitte der 1990er waren es erst ein Dutzend. Die Dunkelziffer dürfte aufgrund der Intransparenz des Systems noch um einiges höher liegen. Und die Tendenz ist steigend. Allein im Jahr 2013 kamen 57 neue Verfahren dazu – nur eines weniger als im Jahr zuvor, das Rekordjahr bei den neu eingeleiteten Verfahren.

Manchmal genügt allein die Androhung einer Klage, um geplante Gesetze abzuwürgen oder zu verwässern. ‚Regulatory chill' heißt das im Fachjargon. Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko, Kanada und den USA beschrieb ein kanadischer Regierungsbeamter das Phänomen folgendermaßen: *„Bei beinahe jeder neuen umweltpolitischen Maßnahme gab es von Kanzleien aus New York und Washington Briefe an die kanadische Regierung. Da ging es um chemische Reinigung, Medikamente, Pestizide, Patentrecht. Nahezu jede neue Initiative wurde ins Visier genommen und die meisten haben nie das Licht der Welt erblickt" (3)* (Greider 2001).

Tatsächlich scheinen Unternehmen internationales Investitionsrecht heute mehr als Waffe bzw. „Präventivschlag" in politischen Auseinandersetzungen um Regulierungen zu nutzen, denn als Schutzschild gegen staatliche „Übergriffe".(4) So verschwanden in **Kanada** zweimal Anti-Tabak-Gesetze in der Schublade nachdem die Tabakindustrie mit NAFTA-Klagen gedroht hatte. In **Indonesien** wurden Unternehmen von einem Bergbau-Verbot im Regenwald ausgenommen, nachdem sie gedroht hatten, den Staat deshalb vor einem Schiedsgericht zu verklagen (Tienhaara 2011). Auch Vattenfall hat im Rahmen einer Einigung bei seiner ersten Investitionsklage gegen **Deutschland** die Verwässerung einer Umweltauflage für das umstrittene Kohlekraftwerk im Hamburger Stadtteil Moorburg erreicht (Krajewski 2013: 354).

Letztendlich geht es beim Investitionsrecht darum, gegenhegemoniale Kräfte und die Demokratie einzuhegen. Ein Zitat zweier Mitarbeiter von **Milbank**, einer der führenden Kanzleien im internationalen Investitionsrecht, macht das deutlich: *„Unerwünschte Maßnahmen von Regierungen gibt es nicht nur im Rahmen von autokratischer Herrschaft. Der Populismus, den Demokratien mit sich bringen können, ist oft Katalysator für solche Aktionen".(5)* Kein Wunder, dass Länder wie Argentinien, Venezuela und Ecuador, die nach heftigen sozialen Kämpfen Privatisierungen zurückgenommen und Unternehmen verstaatlicht haben, zu den Ländern gehören, die sich am häufigsten vor Investitionsschiedsgerichten verantworten mussten.
Zur kritischen Analyse des internationalen Investitionsrechts eignet sich daher das maßgeblich **von Stephen Gill (z.B. 2002) geprägte Forschungsprogramm zum „neuen Konstitutionalismus**". Es untersucht politisch-juridische Strukturen, welche den Neoliberalismus und bestehende Eigentumsverhältnisse durch die Einschränkung staatlicher Interventions- und demokratischer Kontrollmöglichkeiten quasi konstitutionell absichern.

Dabei wird das Politische neu definiert – z.B. wenn Investitionspolitiken durch die Festschreibung ökonomischer Prinzipien in Investitionsabkommen entpolitisiert und der popular-demokratischen Kontrolle entzogen werden. Der neue Konstitutionalismus geht zudem einher mit einer Rekonfiguration von Staatsapparaten und Verschiebungen im Klassengefüge: dass Investor-Staat-Klagen vor privaten Schiedsgerichten verhandelt werden, und zwar unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Information der Parlamente, wertet private Netzwerke wie das der Schiedsrichter_innen ebenso auf wie Finanz- und Wirtschaftsministerien, während „massenintegrativere" Staatsapparate wie Parlamente und deliberative Diskussionsprozesse geschwächt werden. Die Tatsache, dass Investitionsabkommen ausländischen Investoren durch exklusive Klagerechte eine privilegierte Stellung im Politikprozess einräumen, verschiebt gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zudem zugunsten weltmarktorientierter Kapitalfraktionen.

Ein weiterer Effekt von Investitionsabkommen ist die **konstitutionelle Festschreibung des neu konfigurierten Wettbewerbsstaats** (Joachim Hirsch), der weniger als kontrollierende Instanz ökonomischer Akteure auftritt als vielmehr die nationalen und regionalen Ebenen durch die Harmonisierung von Politiken auf den globalen Wettbewerb ausrichtet. Der Rechtswissenschaftler David Schneiderman (2008) hat das am Beispiel zahlreicher Verfassungsänderungen z.B. in Lateinamerika untersucht, im Rahmen derer infolge eines Investitionsabkommens Eigentumskonzeptionen, die private Eigentumsrechte zum Zwecke gesellschaftlicher Umverteilung durch den Staat einschränkten, zugunsten der liberalen Konzeption aus nationalen Verfassungen verdrängt wurden. In seiner Funktion als Durchsetzungsinstanz privater Eigentumsrechte wird der Staat damit gestärkt, während verteilungs- und sozialpolitische Kompetenzen beschnitten werden.

Brüche im System

Allerdings sind diese Prozesse nicht widerspruchsfrei. Im Gegengteil: Es gibt heftige Kämpfe um das internationale Investitionsrecht und unübersehbare Brüche in dessen Regime. Soziale Bewegungen skandalisieren erfolgreich einzelne Klagen;(6) kritische Wissenschaftler_innen brandmarken die Risiken für staatliche Regulierung, öffentliche Haushalte und die Demokratie; (7) einige Staaten haben sich in den letzten Jahren von Teilen des Regimes abgewandt und versuchen, Alternativen aufzubauen; und auch unter den Verfechter_innen des Regimes wird von einer Legitimationskrise gesprochen, die es zu bearbeiten gilt.(8)

Vor allem im globalen Süden regt sich massiver Widerstand gegen die neoliberale Supra-Verfassung internationalen Investitionsrechts. **Bolivien, Ecuador und Venezuela** haben einige Abkommen und die ICSID-Konvention über die Einrichtung des gleichnamigen Investitionsschiedsgerichts bei der Weltbank aufgekündigt. In Ecuador prüft eine Kommission, ob die Investitionsabkommen des Landes mit nationalem Recht vereinbar sind. Auf einem Treffen der Länder des ALBA-Bündnisses (Bolivarianische Allianz für Amerika) im April 2013 wurde ebenfalls eine Überprüfung bestehender Abkommen beschlossen sowie die Einrichtung einer eigenen regionalen Institution zur Lösung von Konflikten mit ausländischen Investoren. **Südafrika** hat Investitionsabkommen mit einigen EU-Staaten, darunter Deutschland, aufgekündigt und erklärt, dass weitere Abkommen aus der Post-Apartheit-Ära folgen werden, die das Land damals hastig abgeschlossen hatte, um Investitionen anzuziehen. **Indonesien** leitet gerade ähnliche Schritte ein. Und Indien erarbeitet laut Medienberichten einen Modellvertrag für Investitionsschutz, der sich stark von den Modellen der postkolonialen Ära bzw der 90er und 2000er Jahre unterscheiden soll.

Auch in manchen Industrieländern und internationalen Organisationen vollzieht sich ein Paradigmenwechsel. Die sozialdemokratische Gillard-Regierung **Australiens** hatte 2011 angekündigt, dass sie in ihren Freihandelsabkommen keine Investor-Staat-Klagerechte mehr verhandeln werde. Auch die konservative Nachfolgerregierung hat jüngst ein Abkommen mit Japan abgeschlossen, das keine Klagerechte enthält.
Und während die **UNCTAD** vor allem in den 90er Jahren Länder des Südens drängte, Investitionsabkommen zu unterzeichnen, skizzierte sie in jüngeren Publikationen (2012, 2013a) Optionen zur Reform gegenwärtiger Investitionspolitiken – von klarer begrenzten Rechten für Investoren bis zu Investorenpflichten. Neben der UNCTAD warnt inzwischen sogar der Internationale Währungsfonds IWF (2012: 42) davor, dass Investitionsabkommen Staaten bei der Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkrisen stark einschränken können.

Konflikte in der Höhle des Löwen

Inmitten dieses zähen Ringens um das globale Investitionsrecht platzt nun das **Ringen um die Investitionspolitik auf europäischer Ebene.** Denn bis zu dem im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon hatte die EU überhaupt keine Kompetenz, Investitionsschutzverträge und entsprechende Kapitel in Freihandelsabkommen zu verhandeln. Das oblag allein den EU-Mitgliedstaaten. Diese sind bis heute Weltmeister in diesem Geschäft: kein Land hat so viele bilaterale Investitionsabkommen abgeschlossenen wie Deutschland (131 Verträge). (9) Konzerne mit Hauptsitz in einem EU-Staat stehen ganz oben auf der Liste der Kläger: Die meisten der weltweit bekannten Investor-Staat-Klagen wurden zwar von Investoren aus den USA eingeleitet (127 Verfahren) – darauf folgen dann aber Investoren aus den Niederlanden (61 Verfahren), Großbritannien (43 Verfahren) und Deutschland (39 Verfahren) (UNCTAD 2014: 8).

Seit 2009 gibt es nun eine Auseinandersetzung darum, wie der Investitionsschutz in Zukunft EU-weit ausgestaltet werden soll. Hier gibt es einerseits **Kompetenzgerangel:** Die Mitgliedstaaten möchten die neu gewonnene Rolle der Kommission beschränken, während die Kommission, in weiten Teilen unterstützt vom Europaparlament, ihre neu gewonnene Kompetenz nutzen und ausweiten möchte.

Es gibt aber **auch Streit um die Substanz des Investorenschutzes:** Hier hat die federführende Generaldirektion Handel der Kommission erkannt, dass es marginaler Reformen bedarf, um das Investitionsrecht global zu re-legitimieren und zu erhalten – ohne jedoch den harten Kern der Konzernprivilegien anzurühren. Der Großteil der Mitgliedstaaten – allen voran die deutsche Bundesregierung – wehrt sich jedoch gegen diese marginalen Reformen, von der Präzisierung der Investorenrechte bis hin zu mehr Transparenz in den Verfahren. Vorläufiges Ergebnis dieses EU-internen Ringens ist eine Reihe konzernfreundlicher Leitlinien und Mandate – für Investitionsschutz-Verhandlungen der EU mit Kanada, Indien, Singapur, Japan, den Staaten des Arabischen Frühlings, China, Malaysia, Vietnam, Thailand – und eben den USA.

Im Kontext der Verhandlungen mit den USA gelang es einigen Nichtregierungsorganisationen, das Thema zu **politisieren** und weite Teile der Zivilgesellschaft gegen die transnationale Verfassung der Konzerne zu mobilisieren. Diese Politisierung verschärft einerseits die Konflikte zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission. Gleichzeitig setzt sie die traditionellen Befürworter_innen des Investitionsrechts unter enormen Rechtfertigungsdruck – von konservativen Parteien, über Wirtschaftsverbände bis zum deutschen Wirtschaftsministerium. Dieser Rechtfertigungsdruck wiederum stärkt den Reformdiskurs der Europäischen Kommission. Das jüngste Positionspapier des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) (2014) ist beispielsweise kaum noch von den Vorschlägen der EU-Bürokratie zu unterscheiden.

Das weist auf eine **Herausforderung für die Kritiker_innen des Investorenschutzes** hin. Ihnen muss es gelingen, die **Reformen als unzureichend bzw. scheinheilig zu entlarven**. Denn in der Tat handelt es sich eher um Reförmchen: Hier ein bisschen mehr Transparenz in den Verfahren, dort ein lascher Verhaltenskodex für die Schiedsrichter_innen, die die Klagen am Ende entscheiden. Am harten Kern des Investorenschutzes wird dagegen nicht gerüttelt. Auch der ‚reformierte' Investitionsschutz wird ausländischen Investoren weitreichendere Privateigentumsrechte einräumen, als sie z.B. in der deutschen Verfassung und im EU-Recht enthalten sind. Und mit der privaten Schiedsgerichtsbarkeit wird ihnen weiterhin ein exklusives und konzernfreundliches paralleles Rechtssystem zur Verfügung stehen, um diese Rechte einzuklagen. Auch die zukünftigen EU-Investitionsabkommen wären also Teil des neuen Konstitutionalismus, der Regierungen diszipliniert und gegenhegemoniale Akteur_innen bzw. Umverteilungsprozesse empfindlich einschränkt bzw. teuer macht.

Eine weitere Herausforderung besteht in der Ausweitung der Kritik über das TTIP hinaus. Zwar gibt es zumindest in Deutschland mittlerweile ein zartes Bewusstsein darüber, dass der Investorenschutz im TTIP nicht das einzige Problem ist. Auch **das kurz vor seinem Abschluss stehende Abkommen zwischen der EU und Kanada, das CETA** (Canada European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement), enthält diese Klauseln. Es wird US-Unternehmen mit einer Niederlassung in Kanada auch ohne TTIP ermöglichen, EU-Regierungen zu verklagen, wenn deren Politik ihre Profite schmälert. Deshalb fordert z.B. das globalisierungskritische Netzwerk Attac nicht nur den Stopp der TTIP-Verhandlungen, sondern auch des CETA-Abkommens.(10) **Über den Investitionsschutz in zukünftigen EU-Verträgen mit China oder Marokko beispielsweise spricht aber leider noch kaum jemand.**

Nichtsdestotrotz: angesichts der EU-internen Meinungsverschiedenheiten beim Thema Investitionsschutz und der zunehmen-den Politisierung des TTIP-Abkommens stehen die **Chancen** nicht schlecht, den Investitionsschutz auch in anderen Abkommen **als das zu entlarven, was er ist: eine antidemokratische neoliberale Zwangsjacke.**
Vor gut 15 Jahren hat diese **"Dracula-Strategie"** schon einmal zum Erfolg geführt: Ende der neunziger Jahre hatte die globalisierungskritische Bewegung den weitgehend unbekannten **MAI-Vertrag** ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt, ein Investitionsabkommen, das im Rahmen der OECD verhandelt wurde. Einem Vampir gleich überlebte es nicht lange, sobald das Licht einer kritischen öffentlichen Debatte aufschien. Im Oktober 1998 ließ Frankreich die Verhandlungen platzen.
Emanzipatorische Kräfte in Europa sollten alles daran setzen, dass sich dieser Teil der Geschichte in der Auseinandersetzung um das TTIP wiederholt – und bei all den anderen geplanten Konzernverfassungen auch.

1) Bei Worten wie „Investor" verwende ich dann keine geschlechtergerechte Formulierung (z.B. Investor_innen), wenn es sich i.d.R. nicht um Personen, sondern um Unternehmen handelt.
2) Siehe die von der Organisation Public Citizen erstellte ‚Corporate Empowerment Map': https://www.citizen.org/TAFTA-investment-map
3) Übersetzung durch die Autorin.
4) Zachary Douglas, damals noch an der Universität Cambridge und heute Anwalt der Kanzlei Matrix Chambers, erwähnte diesen Trend auf der Konferenz 50 Years of Bilateral Investment Treaties in Frankfurt, 1.-3.12.2009.
5) Nolan, Michael/Baldwin, Teddy (2012): Minimising Risk in the Face of Government Action, in: Project Finance International, May, 47-49; Übersetzung durch die Autorin.
6) Einen Überblick bietet die Webseite des Network for Justice in Global Investment, http://justinvestment.org/ .
7) Siehe z.B. Public Statement on the International Investment Regime, http://www.osgoode.yorku.ca/public_statement; An open Letter from Lawyers to the Negotiators of the Trans-Pacific Partnership Urging the Rejection of Investor-State Dispute Settlement, http://tpplegal.wordpress.com/open-letter/
8) Siehe z.B. Waibel/Kaushal/Chung/Balchin (Hrsg.) (2010): The Backlash against Investment Arbitration. Perceptions and Reality.
9) http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/B/bilaterale-investitionsfoerderungs-und-schutzvertraege-IFV,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf
10) https://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/unterschreiben/

Literatur

BDI (2014): Positionspaier. Schutz europäischer Investitionen im Ausland: Anforderungen an Investitionsabkommen der EU, Berlin.

Bernasconi-Osterwalder, Nathalie/ Liu, Yalan (2013): Interpreting Fair and Equitable Treatment in International Investment Law, in: Juridikum. Zeitschrift für Kritik - Recht - Gesellschaft 3/2013, 374-385.

Democracy Center (2013): Unfair, Unsustainable, and Under the Radar. How Corporations use Global Investment Rules to Undermine A Sustainable Future.

Eberhardt, Pia/ Fuchs, Peter (2013): TTIP: Eine transatlantische Verfassung der Konzerne?, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Februar, http://www.zeitschrift-luxemburg.de/ttip-eine-transatlantische-verfassung-der-konzerne/ .

Europäische Kommission (2014): Öffentliche Konsultation zu den Modalitäten des Investitionsschutzes und der Investor-Staat-Streitbeilegung im Rahmen der TTIP, Brüssel, http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch.

Gill, Stephan (2002): Constitutionalizing Inequality and the Clash of Globalizations, in: International Studies Review 4:2, 47-65.

Greider, William (2001): The Right and US Trade Law. Invalidating the 20th Century, in: The Nation, http://www.thenation.com/article/right-and-us-trade-law-invalidating-20th-century.

Hoffmann, Rhea Tamara (2013): Universalismus oder Vollstreckung partikularer Interessen? Eigentum zwischen Menschenrechte, Investitionsschutz und demokratischem Eigentumskompromiss, in: Juridikum. Zeitschrift für Kritik - Recht - Gesellschaft 3/2013, 361-373.

International Monetary Fund (2012): The Liberalization and Management of Capital Flows: An Institutional View, Washington.

Krajewski, Markus (2013): Vattenfall, der deutsche Atomaustieg und das internationale Investitionsrecht, in: Juridikum. Zeitschrift für Kritik - Recht - Gesellschaft 3/2013, 348-360.

Mies/von Werlhof (Hrsg.) (2003): Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen MAI. Globalisierung der Konzernherrschaft – und was wir dagegen tun können, Hamburg.

Schneiderman, David (2008): Constitutio nalizing Economic Globalization. Investment Rules and Democracy's Promise, Cambridge.

Tienhaara, Kyla (2011): Regulatory Chill and the Threat of Arbitration: A View from Political Science, in: Brown/Miles (Hrsg.): Evolution in Investment Treaty Law and Arbitration, Cambridge, 606-627.

UNCTAD (2012): World Investment Report 2012. Towards a New Generation of Investment Policies, Genf.

UNCTAD (2013): IIA Issues Note. Towards a New Generation of International Investment Policies: UNCTAD's Fresh Approach to Multilateral Investment Policy-Making, Genf.

UNCTAD (2013a): IIA Issues Note. Reform of Investor-State Dispute Settlement: In Search of a Roadmap, Genf.

UNCTAD (2014): Recent Developments in Investor-State Dispute Settlement (ISDS), Genf.

*Mit freundlicher Genehmigung der Autorin. In der Juni-Nummer von **„Z"** erschienen:*
http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/

Samstag, dem 11. Oktober 2014
Europaweiter, dezentraler Aktionstag gegen TTIP und CETA.

Kampagne gegen TISA:
TISA contra Öffentliche Dienste: 28-seitige Broschüre, veröffentlicht von der Internationale der Öffentlichen Dienste am 28. April 2014 , www.world-psi.org
Initiative in der Schweiz : http://stop-tisa.ch/wordpress/?page_id=92
http://sandimgetriebe.attac.at/10693.html

TTIP, CETA, TISA: SiG 106 bis 109

Belgische Gewerkschaft CNE

TTIP: Alle Gesetze sollen im Interesse der privaten Unternehmen überprüft und umgeschrieben werden

Laut der Kommission soll der **Regulatory Cooperation Council (Rat zur Regulatorischen Organisation RCC)** die Gesetze verbessern, sie effizienter und weniger bürokratisch gestalten. Vor der Verabschiedung eines Gesetzes müsste bewiesen sein, dass es für die Unternehmen sinnvoll und preiswert in der Umsetzung ist.
Tatsächlich ist dieser Rat aber für die Bürger **extrem gefährlich**. Die wahren Ziele sind
1) die Staaten daran zu hindern Gesetze zu verabschieden, die ihnen für das Wahren des allgemeinen Interesses erforderlich erscheinen und
2) den Lobbies noch mehr Einfluss auf den Gesetzgebungs-prozess zu geben.

Diese Einschätzung können wir mit folgenden zwei **Beispielen** stützen:
Das amerikanische OIRA und das vor kurzem begonnene REFIT-Projekt der Europäischen Kommission.

Der amerikanische Verwandte des RCC: das OIRA

Das OIRA (Office of Information and Regulatory Affairs) wurde 1980 unter der Präsidentschaft Ronald Reagans gegründet. Es war der Anfang des Ultra-Liberalismus in den Vereinigten Staaten. Diese Agentur verfolgt das gleiche Ziel wie das RCC: gesetzliche Bestimmungen verbessern. Das OIRA verlangt praktisch von der regierenden Instanzen, ein Gesetz, egal welcher Art, vor der Verabschiedung eingehend zu prüfen. Dies sind überwiegend Prüfungen der Kosten, die für Unternehmen entstehen würden.
Public Citizen, eine amerikanische NGO, hat die Folgen dieses Systems aufgedeckt: Verlangsamung des Gesetzgebungsprozesses, Prüfung der Gesetze ausschließlich unter finanziellem Aspekt und nicht unter dem Aspekt der qualitativen Verbesserung für Bürger, Gesellschaft oder Umwelt, ein undurchsichtiges System (die NGO spricht von „einem regulatorischen Schwarzen Loch“), dominierender Einfluss der Industrie- und Finanzlobbies durch das OIRA...
Laut Public Citizen ist das Ziel des OIRA sehr deutlich: den Gesetzgebungsprozess verlangsamen und von seinen ursprünglichen Zwecken abbringen. Wenn ein Gesetz durch das OIRA modifiziert wird, dann immer, um seine Tragweite zu verringern.

Einige direkte Auswirkungen des OIRA:
- 78% der Gesetze im Gesundheitssektor hat der amerikanische Kongress wegen der Auflagen des OIRA später als vorgesehen verabschiedet.
- Ein Gesetzesvorschlag der Behörde für Gesundheit am Arbeitsplatz, das Kranfahrer und Bohrturmarbeiter schützen soll, wurde erst nach 12 Jahren zu Ende gebracht. Wäre das Gesetz schnell verabschiedet worden, hätte man mehrere hundert Todesfälle verhindern können.
- Ein Gesetzesvorschlag der selben Behörde zum Schutz der Arbeiter vor Silikose (Staublunge) ist nach 9 Jahren immer noch nicht verabschiedet. Vor allem Minenarbeiter, Steinbrucharbeiter und Bauarbeiter sind davon betroffen. In den 9 vergangenen Jahren wurden 165 Fälle von Lungenkrebs verzeichnet, der sich auf Silikose zurückführen lässt, 365 Todesfälle wegen einer Staublunge, 22.400 Fälle von Staublunge ohne Todesfolge.

REFIT: die Blockade von Gesetzen hat bereits begonnen

Die Europäische Kommission hat im Dezember 2012 ihr "REFIT" Programm vorgestellt. Es soll Kosten im Gesetzgebungsverfahren verhindern, die nicht notwendig sind.
Der Europäische Rat von Dezember 2013 hat die Kommission beauftragt, für 2014 ihr Vorhaben zu präzisieren, trotz des Widerspruchs von mehreren Regierungschefs, unter anderem François Hollande und Elio Di Rupo.
Das Ziel von REFIT ist dasselbe wie das des RCC und des OIRA. Es soll die vergangene und zukünftige europäische Gesetzgebung prüfen, um die Kosten, die für Unternehmen entstehen, zu verringern. Ein Komitee zur Folgenabschätzung soll die europäische Gesetzgebung prüfen. Theoretisch sind alle Bereiche betroffen: Beschäftigung, Umwelt, Landwirtschaft, Verbrauchergesundheit, Unternehmen und Industrie, Energie, Innenpolitik, Recht, Finanzen...
Das REFIT hat seine Arbeit noch nicht aufgenommen, seine Auswirkungen sind aber bereits spürbar. Die europäische Gesetzentwürfe im Bereich der Prävention und des Arbeitsschutzes liegen derzeit auf Eis. Richtlinien zur Prävention von Krankheiten bei Friseuren (Hautkrankheiten, Allergien, die durch Shampoos, Seifen etc. hervorgerufen werden) sind besonders betroffen. Ebenso Verordnungen zu krebserregenden Substanzen, Regelungen zur Sicherheit im Fischfang etc.
Und das ist nur der Anfang. Wie TTIP ist Refit ein Rundumprojekt. Refit ist eine europäische Initiative. TTIP verleiht dem Ganzen eine transatlantische Dimension. Dann würden nicht nur die Kommissionsbeamten die Gesetzgebung blockieren, sondern auch die Beamten der amerikanischen Regierung
Der Christliche Gewerkschaftsbund (CSC) und der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) haben kürzlich eine Kampagne gegen das REFIT ins Leben gerufen.
Weitere Informationen unter www.rethinkrefit.eu.

http://www.cne-gnc.be/cmsfiles/file/A/CNE/PUBLICATIONS/THEMATIQUES/TTIPp.pdf
Übersetzung: Maria TIETZE (coorditrad) / SiG-Redaktion

Die CNE (http://www.cne-gnc.be/) ist eine belgische Gewerkschaft für Angestellte, Mitglied von Alter Summit und sehr aktiv bei den verschiedenen Protesten gegen die EU-Politik (Dez. 2013, März und Mai 2014, S. SiG 109 S. 25 und SiG 107 S. 27)

S. auch Artikel gegen RCC: http://corporateeurope.org/pressreleases/2013/12/leaked-proposal-eu-us-trade-deal-increases-business-power-decision-making

Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbunds gegen „REFIT“: http://www.rethinkrefit.eu
Fotos über eine Protestaktion: https://www.flickr.com/photos/etuc-ces/sets/72157636829941765/
Beschluss vom EGB am 3.12.2013 gegen REFIT: http://www.etuc.org/documents/etuc-resolution-stop-deregulation-europe-rethink-refit#.U5SVgeN3FKw
Mai 2014, Presseerklärung des EGB: EU Commission’s Framework on Health and Safety at Work: too late, too weak
„...the strategy does acknowledge that 4,000 people die in the EU every year due to accidents at work, and that 160,000 people die every year from work-related diseases, the majority related to cancer. Despite this, the strategy threatens to deregulate health and safety – claiming the need for “simplifying legislation where appropriate” http://www.etuc.org/press/eu-commission%E2%80%99s-framework-health-and-safety-work-too-late-too-weak#.U5SVKuN3FKw

Kerstin Sack
Beseitigung der Armut ist Hauptziel für G77+China

Gipfeltreffen in Bolivien beendet. Mitgliedsländer fordern globale strukturelle Veränderungen. Scharfe Kritik an internationaler Finanz- und Geldpolitik

Santa Cruz. Die Mitgliedsstaaten der G77 plus China haben bei ihrem Gipfeltreffen im Juni die weltweite Beseitigung der Armut bis zum Jahr 2030 gefordert.(1) In dem 1964 gegründeten Zusammenschluss sind **133 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen** vertreten.
"Die Beseitigung der Armut ist die weltweit größte Herausforderung und eine unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung", heißt es in der Erklärung, die von Boliviens Botschafter vor der UNO, Sasha Llorenty vorgestellt wurde. Man sei davon überzeugt, *"dass die Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft verstärken muss, die Armut bis zum Jahr 2030 zu beseitigen"*.
Anlass des außerordentlichen Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Bolivien war das **50-jährige Bestehen der Organisation**. Viele der Anfangsforderungen haben sich bisher nicht erfüllt, sind jedoch nach Meinung der Teilnehmer weiterhin aktuell.

Im Zentrum der Debatten stand die Entwicklung von Positionen zu den Verhandlungen der Post-Millenium-Prozesse. Die Verwirklichung der sogenannten **Milleniumsziele** der Vereinten Nationen - wie Bekämpfung der extremen Armut, des Analphabetismus und anderes mehr - sollten bis zum Jahr 2015 erreicht werden. Die 242 Punkte umfassende Erklärung der G77 erläutert , dass dies nur teilweise gelungen ist (2) . Ursachen dafür werden unter anderem bei den nicht eingehaltenen Zusagen der Industrieländer gesehen, wie zum Beispiel die Zahlung von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Länder für die "Entwicklungshilfe". Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise hätte die Länder des Südens teilweise stark getroffen. Insgesamt sei eine immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich zu verzeichnen, sowohl global, als auch national.
Die Ursachen für die vor allem in **Afrika** bestehenden Probleme sind zugleich Ausgangspunkt für konkrete Vorschläge für die Verhandlungen der Post-Milleniumsziele. Die G77 halten strukturelle Veränderungen auf globaler Ebene für die Voraussetzung einer nachhaltigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung. Solange die Handelsgrundlagen auf Ungleichheit basierten, sei eine eigenständige Entwicklung nicht möglich. So dürften die Agrarsubventionen der Industrieländer nicht zur Zerstörung lokaler Märkte in den Ländern des Südens führen. Eine Stärkung der lokalen Produktion und die Veränderung der Rahmenbedingungen seien notwendig.

Scharfe **Kritik** üben die Mitgliedsländer der G 77 **an der internationalen Finanz- und Geldpolitik**. Nach der Finanzkrise sei es nicht zu Konsequenzen in Form von Regulierung der Märkte gekommen und die Verschuldung vieler Länder noch verschärft worden. Eine Wirtschafts- und Sozialinstitution bei den Vereinten Nationen wird gefordert, damit die Mitgliedsländer ihre Interessen dort einbringen können. Auch Organisationen wie der Internationale Währungsfonds und der Weltsicherheitsrat werden in der Erklärung kritisiert: Sie stellten ein Demokratiedefizit dar und die Kräfteverhältnisse in diesen Institutionen entsprächen nicht den aktuellen globalen Realitäten.
Des weiteren wird in der Erklärung die **Lösung der Schuldenkrise** angemahnt, die sich durch die Finanzkrise noch verschärft habe. Schuldenerlaß, Moratorien und eine Neustrukturierung der Schulden sollen Entwicklungsmöglichkeiten für die Länder schaffen. Speziell die Hedgefonds werden kritisiert sowie die Ratingagenturen, denen eine unabhängige Agentur gegenübergestellt werden solle.
Der **Klimawandel** und die **Internetsicherheit** sind weitere Punkte in der Agenda der G77.
Ohne die Lösung der strukturellen Probleme sehen die Mitgliedsländer keine Perspektive für eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung. Die UNO wird aufgefordert, dies bei den Verhandlungen zu den Post-Milleniumszielen einzubeziehen.

(1) http://www.telesurtv.net/articulos/2014/06/15/erradicacion-de-pobreza-es-el-objetivo-principal-de-agenda-del-g77-china-4829.html
(2) http://www.g77bolivia.com/es/declaracion-de-santa-cruz

Quellen-URL:
https://amerika21.de/2014/06/102671/g77-plus-china-erklaerung

Joseph E. Stiglitz
"Liebe Chinesen, Ihr braucht mehr Staat und weniger Markt!"

Ökonomischer Erfolg darf in China nicht allein den Marktkräften überlassen werden.

PEKING, 4.4.2014 – Seit Beginn der Geschichtsschreibung ist kein Land so rasch gewachsen – und hat so viele Menschen aus der Armut befreit – wie China in den letzten dreißig Jahren.
Ein Markenzeichen des chinesischen Erfolgs war die Bereitschaft der jeweiligen politischen Führungen, das Wirtschaftsmodell trotz der Gegnerschaft mächtiger Partikularinteressen zur richtigen Zeit und bei Bedarf zu korrigieren. Nun, da China eine weitere Reihe grundlegender Reformen umsetzt, stellt sich die Frage, ob sich der Widerstand dieser Interessen bereits wieder formiert.
Kann den Reformern erneut ein Triumph gelingen?

Bei der Beantwortung dieser Frage gilt es den entscheidenden Aspekt zu bedenken, dass mit der derzeitigen Reformrunde, ebenso wie mit vorangegangenen, nicht nur die Wirtschaft umstrukturiert wird, sondern auch jene Partikularinteressen, die künftige Reformen gestalten werden (und sogar bestimmen, ob Reformen überhaupt möglich sind). Und obwohl heute maßgebende Initiativen – wie beispielsweise die immer umfangreichere Anti-Korruptionskampagne – im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen, besteht das Grundproblem in China in der entsprechenden Gestaltung der Rollen von Staat und Markt.

Als China vor über drei Jahrzehnten mit seinen Reformen begann, war die Richtung klar: der Markt musste in der Ressourcenzuteilung eine viel größere Rolle spielen. Und so kam es auch, wobei der private Sektor heute viel wichtiger ist als er es damals war. Überdies besteht weitgehend Einigkeit, dass der Markt eine von offiziellen Vertretern so bezeichnete „entscheidende Rolle“ in zahlreichen Sektoren spielen muss, wo Staatsbetriebe (SOEs) vorherrschend sind. Doch welche Rolle sollte der Markt in anderen Sektoren und in der Wirtschaft im Allgemeinen spielen?

Viele der heutigen Probleme Chinas haben ihren Ursprung in zu viel Markt und zu wenig Staat. Oder anders ausgedrückt: der Staat greift offensichtlich dort ein, wo er nicht sollte, vermeidet es aber in Bereichen, wo dies erforderlich wäre.

Die sich verschlimmernde Umweltverschmutzung beispielsweise bedroht den Lebensstandard, während die Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand mittlerweile schon Ausmaße wie in den USA annimmt. Die Korruption zieht sich durch öffentliche Institutionen und den privaten Sektor gleichermaßen. Das alles untergräbt das Vertrauen innerhalb der Gesellschaft und in die Regierung – ein Trend der beispielsweise vor allem hinsichtlich der Nahrungsmittelsicherheit offenkundig ist.

Bitte nicht die USA kopieren!

Mit der Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft von exportgeführtem Wachstum in Richtung Dienstleistungen und privatem Verbrauch könnten sich diese Probleme noch verschärfen. Natürlich besteht noch Raum für Wachstum des privaten Verbrauchs, aber den verschwenderischen und materialistischen amerikanischen Lebensstil zu übernehmen, wäre für China – und den ganzen Planeten – eine Katastrophe. Die Luftqualität in China ist bereits jetzt lebensgefährlich. Die globale Erwärmung aufgrund noch höherer chinesischer Kohlendioxidemissionen würde die ganze Welt bedrohen.

Es gibt eine bessere Strategie. Zunächst könnte und würde der Lebensstandard steigen, wenn man mehr Ressourcen für die Beseitigung der enormen Mängel in der Gesundheitsversorgung und im Bildungssystem aufwendete. In diesem Bereich sollte der Staat eine führende Rolle spielen, so wie er das in den meisten Marktwirtschaften aus gutem Grund auch tut.

Amerikas privat getragenes **Gesundheitssystem** ist kostspielig, ineffizient und erbringt viel schlechtere Ergebnisse als die entsprechenden Systeme in Europa, die weit weniger kosten. Ein stärker marktbasiertes System ist nicht der Weg, den China beschreiten sollte. In den letzten Jahren hat die Regierung wichtige Schritte für die Bereitstellung einer gesundheitlichen Grundversorgung, vor allem in ländlichen Gebieten, unternommen und manche vergleichen Chinas Ansatz mit dem System in Großbritannien, wo private Leistungen auf einer öffentlich finanzierten Grundversorgung aufbauen. Man kann darüber diskutieren, ob dieses Modell besser ist als beispielsweise das staatlich dominierte Gesundheitssystem nach französischem Muster. Wenn man jedoch das britische Modell übernimmt, ist das Niveau der Grundversorgung von entscheidender Bedeutung. Angesichts der relativ geringen Rolle privat finanzierter Gesundheitsleistungen in Großbritannien, verfügt das Land im Wesentlichen über ein öffentliches System.

Trotz aller Fortschritte bei der Abkehr von einer produktionsorientierten hin zu einer dienstleistungsbasierten Wirtschaft (der Anteil der Dienstleistungen am BIP lag 2013 zum ersten Mal höher als der Anteil der Produktion) hat China noch einen langen Weg vor sich. Schon jetzt leiden viele Branchen unter Überkapazitäten und eine effiziente und reibungslose Umstrukturierung wird ohne staatliche Hilfe nicht leicht werden.

Außerdem findet in China eine weitere Umstrukturierung statt: die rasche **Urbanisierung**. Um sicherzustellen, dass die Städte lebenswert und ökologisch nachhaltig bleiben, sind entschlossene staatliche Maßnahmen erforderlich, damit neben anderen öffentlichen Gütern, ausreichend öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Schulen, öffentliche Krankenhäuser, Parks und effektive Bebauungspläne bereitgestellt werden können.

Eine wichtige Lehre aus der weltweiten Wirtschaftskrise nach 2008 war, dass sich die Märkte nicht selbst regulieren. Sie sind anfällig für Vermögenspreis- und Kreditblasen, die unweigerlich platzen – oftmals bei abrupter Umkehr grenzüberschreitender Kapitalströme – und massive soziale Kosten verursachen.

Amerikas Vorliebe für die Deregulierung war die Ursache dieser Krise. Dabei geht es nicht nur um das Tempo und die Abfolge der Liberalisierung wie manche behaupten, sondern es kommt auch auf das Endergebnis an. Die Liberalisierung der Einlagenzinsen führte zu Amerikas Spar- und Kreditkrise der 1980er Jahre. Die Liberalisierung der Kreditzinsen ermunterte rücksichtsloses Verhalten und die Ausbeutung ärmerer Verbraucher. Die Deregulierung der Banken führte nicht zu mehr Wachstum, sondern nur zu mehr Risiken.

Man hofft, dass China nicht Amerikas Weg mit derart desaströsen Folgen einschlägt. **Die Herausforderung für die chinesische Führung besteht darin, wirksame Regulierungsregime entsprechend der Entwicklungsstufe des Landes zu konzipieren.**

Dazu ist es erforderlich, dass die Regierung mehr Geld beschafft. Die derzeitige Abhängigkeit lokaler Regierungen von Grundstücksverkäufen ist einer der vielen Gründe für die wirtschaftlichen Verzerrungen – und für einen großen Teil der Korruption. Vielmehr sollten die Behörden ihre Einnahmen durch **Einführung von Umweltsteuern** (einschließlich einer CO2-Steuer), einer umfassenderen **Einkommensteuer** (einschließlich Kapitalerträge) und einer **Vermögensteuer** erhöhen. Außerdem täte der Staat gut daran, sich mittels **Dividenden** einen größeren Anteil am Wert der SOEs sichern (teilweise sicher zu Lasten der Manager dieser Unternehmen).

Die Frage lautet nun also: Kann China das rasche (wenngleich weniger rasante) Wachstum auch dann aufrecht erhalten, wenn man die Kreditexpansion eindämmt (was zu einer abrupten Umkehr bei Vermögenspreisen führen könnte); wenn man sich der schwachen globalen Nachfrage entgegenstellt, die Wirtschaft umstrukturiert und die Korruption bekämpft? In anderen Ländern führen derart gewaltige Herausforderungen nicht zu Fortschritten, sondern zu Lähmung.

Die Ökonomie des Erfolgs ist klar: durch Steuererhöhungen finanzierte höhere Ausgaben für Urbanisierung, Gesundheit und Bildung könnten gleichzeitig das Wachstum erhalten, die Umweltsituation verbessern und die Ungleichheit verringern. Gelingt Chinas Politik die Umsetzung dieser Agenda, wird es China und der ganzen Welt besser gehen.

http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/liebe-chinesen-ihr-braucht-mehr-staat-und-weniger-markt-339/

Ernst Herzog: Peking und Hanoi auf verschiedenen Wegen

Beim WAPE-Forum diskutierten Politökonomen Probleme praktizierter »sozialistischer Marktwirtschaft«

17.06.2014
Es ging um »Wachstum, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit«. Vom 23. bis 25. Mai tagte das diesjährige **Forum der World Association for Political Economy (WAPE)** in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi. 60 Beiträge von Politökonomen aus 22 Ländern wurden vorgetragen und diskutiert. Die Spannungen zwischen China und Vietnam wegen Gebietsansprüchen im Südchinesischen Meer (vietnamesisch Ost-Meer) überschatteten den Kongreß nicht (WAPE wird maßgeblich von Peking unterstützt; d. Red.).

Bereits zu Beginn des Forums waren das Präsidium und Vertreter des WAPE-Councils von der Zentralen Kommission für Theorie des Politbüros der Kommunistischen Partei (KP) Vietnams zu einer Diskussionsrunde eingeladen worden. Deutlich wurde, daß es in den Parteien **heftige Diskussionen** vor allem um zwei Punkte bezüglich des Reformprozesses der in beiden Ländern praktizierten »sozialistischen Marktwirtschaft« gibt. Es geht um die Rolle, die der Markt bei der Verteilung der Ressourcen spielen soll und um die Beteiligung ausländischer privater Unternehmen an Staatsunternehmen bzw. staatlich kontrollierten Unternehmen in den beiden Ländern.
WAPE-Präsident **Cheng Enfu**, Leiter der chinesischen Akademie für Marxismus (1), erklärte, daß es in der **KP Chinas** eine scharfe Debatte zwischen »rechten Ökonomen« und »linken Politikern« gebe, die öffentlich geführt wird. Dabei unterstützen die marxistischen Wissenschaftler **Staats- und Parteichef Xi Jinping** gegen eine starke neoliberale Strömung. Xi spreche sich dagegen aus, das westliche System zu kopieren und unterstütze die marxistisch ausgerichtete Vorgehensweise beispielsweise bei Auslandsbeteiligungen in China. Hier solle das Staatseigentum dominieren, Staatsbetriebe gelte es nicht zu privatisieren, sondern zu reformieren.

Auch die **KP Vietnams** will an den staatlichen Unternehmen festhalten. Es wird aber diskutiert, wie diese zu führen seien, wie in private Unternehmen eingegriffen werden könne und wie unrentable Staatsbetriebe zu restrukturieren seien.
Vietnams Premierminister Nguyen Tan Dung deutete in einem Interview mit der US-Finanznachrichtenagentur Bloomberg, das in der Zeitung Viet Nam News vom 2. Juni abgedruckt wurde, auf die Frage, ob zukünftig Auslandsbeteiligungen an Unternehmen und Banken von mehr als 49 Prozent erlaubt werden würden, die Richtung an: *»Vietnam restrukturiert seine Wirtschaft und vertieft seine Integration in die Weltwirtschaft.«* Es sei *»jetzt Mitglied der (Welthandelsorganisation) WTO, nimmt an verschiedenen Wirtschafts- und Freihandelsabkommen mit Partnern auf der ganzen Welt teil. Das Land verhandelt aktiv neue Freihandelsabkommen besonders das der Trans-Pacific Partnership (TPP). Deshalb werden wir unsere Märkte weiter öffnen (...)«.*
http://www.jungewelt.de/2014/06-17/028.php
(1) S. SiG 68,
http://sandimgetriebe.attac.at/6732.html

Sommerakademie von attac Österreich
von **16. bis 20. Juli 2014 in Telfs/Tirol**
Weißenbachgasse 37

unFAIRhandelbar! Menschenrechte, Umwelt und Demokratie im Fadenkreuz der Konzerne
http://www.attac.at/events/sommerakademie.html

EUROPÄISCHE SOMMERUNIVERSITÄT FÜR SOZIALE BEWEGUNGEN

Paris, 19. - 23. August 2014
Programm: https://www.esu2014.org/spip.php?page=programme

Sand im Getriebe – NEU - 2 Sondernummern

Das Alternative Handelsmandat

"Das Alternative Handelsmandat wurde in einem intensiven zivilgesellschaftlichen Konsultationsprozess in ganz Europa entwickelt. Die Mitglieder und UnterstützerInnen der Allianz für ein Alternatives Handelsmandat stimmen nicht unbedingt jedem einzelnen Detail in diesem Text zu, unterstützen aber die Ausrichtung insgesamt.
Wir betrachten diesen Text als lebendiges Dokument und als Einladung an andere, sich der Debatte über die Zukunft der Handels- und Investitionspolitik der EU zu beteiligen.

Die Allianz entwickelt eine alternative Vision für eine europäische Handelspolitik, die sich nicht an den Interessen von Konzernen ausrichtet, sondern den Menschen dient und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt.
26.November 2013"
http://www.attac.de/uploads/media/Alternatives_Handelsmandat__SiG-SN_Mai_2014.pdf

Attac Frankreich zur Energiewende

" Wenn man den weltweiten Energiemix mit seinen neuesten Entwicklungen und Tendenzen betrachtet, wird deutlich, dass eine tief greifende Energiewende im Gange ist.
Ihr Eckpfeiler ist das Bestreben, auf Biegen und Brechen einen kostengünstigen Ersatz für konventionelles Erdöl zu finden, dessen maximale Produktion im Jahre 2006 erreicht wurde. Daraus folgen eine aberwitzige Gewinnung nichtkonventioneller Kohlenwasserstoffe sowie eine massive Steigerung der Produktion von Agrotreibstoffen – eine schwere Hypothek für die Klimastabilität und die Befriedigung des Nahrungsmittelbedarfs der gesamten Weltbevölkerung. Wenn man die Reaktorkatastrophe von Fukushima, den grundlegend ungleichen Zugang zu Energie, die klimatischen Herausforderungen und die ökologischen Katastrophen infolge der grenzenlosen Nutzung fossiler Energieträger hinzunimmt, ergeben sich für eine Debatte über die energetische Zukunft der Welt viele Themen.“
http://www.attac.de/uploads/media/attac_fr_Energiewende.pdf